

ZÜRCHER BEITRÄGE
zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung

Heft Nr. 9

Madeleine Hösli / Kurt R. Spillmann

*Demographie und Sicherheitspolitik:
Nationale Aspekte*

*Bericht und Auswertung
der ETH-Arbeitstagung
vom 5. Dezember 1988*

*Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse
Eidgenössische Technische Hochschule 8092 Zürich*

© 1989 Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, ETH-Zentrum
8092 Zürich

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und fotomechanische Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Forschungsstelle.

Die in den "Zürcher Beiträgen zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung" wiedergegebenen Auffassungen stellen ausschliesslich die Ansichten der betreffenden Autoren dar.

Demographie und Sicherheitspolitik: Nationale Aspekte

Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 5. Dezember 1988

Inhaltsverzeichnis

Zum Andenken an Prof. Dr. D. Frei	1
1. EINLEITUNG	2
2. DEMOGRAPHIE UND SICHERHEITSPOLITIK: REFERATE	3
2.1. Thesen (PD Dr. F. Höpflinger)	3
2.2. Demographie und Sicherheitspolitik aus militärischer Sicht (Divisionär P. Rast)	10
2.3. Die demographischen Entwicklungen in der Schweiz und ihre Auswirkungen auf den zivilen Sektor (Botschafter R. Weiersmüller)	24
2.4. Einleitende Bemerkungen zur Diskussion der Referate (Prof. Dr. H.-J. Hoffmann-Nowotny)	29
3. DEMOGRAPHIE UND SICHERHEITSPOLITIK: BERICHT UND AUSWERTUNG DER DISKUSSION	34
3.1. Die Tragweite der Thematik	34
3.2. Die "optimale Bevölkerungsgrösse"	34
3.3. Bestandesprobleme der Armee	39
3.4. Problem der Altersstruktur und der gesellschaftlichen "Ueberalterung"	41
3.5. Bevölkerungsgrösse und Bevölkerungsdichte in der Schweiz	45
3.6. Wertwandel	50
3.7. Ausländerpolitik und Asylgesetzgebung	53
4. ZUSAMMENFASSUNG	59
5. BIBLIOGRAPHIE	61
ANHANG:	
Teilnehmerliste	64
Graphiken	66

ZUM ANDENKEN AN PROF. DR. DANIEL FREI

Im Sommer 1987 vereinbarten Prof. Daniel Frei und ich eine enge wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der 1986 geschaffenen Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse an der ETH Zürich und dem Schweizerischen Institut für Auslandsforschung in Zürich¹. Als alte Studienfreunde waren wir beide überzeugt, dass es notwendig sei, die knappen intellektuellen Ressourcen im Bereich der sicherheitspolitischen Forschung - worunter wir beide eine wissenschaftliche Analyse aller für die Existenzsicherung von Land und Leuten wichtigen Probleme verstanden - zusammenzufassen und in einen anregenden, fruchtbaren und für unser Land letztlich lebenswichtigen Gedankenaustausch einzubringen. Gleicherweise lag uns beiden die Verpflichtung zu verantwortungsvoller wissenschaftlicher Arbeit auf hohem Niveau am Herzen. Und schliesslich waren wir beide überzeugt, dass die Sicherung der Existenz von Land und Leuten - unabhängig von einer "engen" oder "weiten" Definition von Sicherheitspolitik - ein kontinuierlicher, dynamischer und immer wieder innovativer Prozess sein müsse. Insbesondere brachte Daniel Frei aus seinen wissenschaftlichen Studien, seinen weltweiten Kontakten und seinen praktischen Erfahrungen im Dienste des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz die feste Ueberzeugung ein, dass die Fülle und die Dimensionen der neuen Probleme in einer immer schneller sich wandelnden Umwelt nur in einer umfassenden gemeinsamen Anstrengung aller weit Denkenden bewältigt werden können.

Der plötzliche und viel zu frühe Tod von Prof. Daniel Frei reisst eine Lücke, die sich nicht so rasch schliessen wird. Aber unsere Arbeit muss im Dienste der Sache weitergehen.

Dem Andenken seiner wissenschaftlichen Ueberzeugungen und Verdienste, seiner politischen Haltung und seiner Menschlichkeit sei dieses Heft gewidmet.

Zürich, den 20. April 1989

Kurt R. Spillmann

¹ Vgl. die Einleitung zur Arbeitstagung vom 7. Dezember 1987, in: Näf/ Spillmann (1988), S. 1-3.

1. EINLEITUNG

Die sicherheitspolitische Arbeitstagung vom 5. Dezember 1988, veranstaltet vom Schweizerischen Institut für Auslandsforschung und von der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse an der ETH Zürich, war dem Thema "Demographie" gewidmet. Die Tagung begann, nach einleitenden Worten von Prof. Dr. K. R. Spillmann, mit Referaten von PD Dr. F. Höpflinger, Botschafter R. Weiersmüller und Divisionär P. Rast; ihre Äusserungen sind im vorliegenden Bericht ebenso wiedergegeben wie die Ueberlegungen von Prof. Dr. H.-J. Hoffmann-Nowotny, welcher die anschliessende Diskussion einleitete.

Die Voten der Tagungsteilnehmer sind in diesem Bericht eingebettet in wissenschaftliche Erörterungen zum Thema. Wo möglich wurden sie mit zusätzlichen Literaturangaben ergänzt. Damit soll der Versuch unternommen werden, aus wissenschaftlicher Perspektive formulierte Thesen mit den für die Praxis relevanten Analysen und Prognosen zu verbinden. Der Text ist mit Graphiken angereichert. In einem Anhang schliesslich sind einige weitere aus sicherheitspolitischer Perspektive interessierende demographische Entwicklungen graphisch festgehalten.

An der Tagung vom 5. Dezember 1988 wurde das Schwergewicht auf nationale demographische Entwicklungen gelegt. Stichworte zur Thematik lauten: Geburtenrückgang, Ueberalterung, Bevölkerungsgrösse und Binnenwanderung in der Schweiz. Die nächstfolgende Tagung, welche am 8. Juni 1989 stattfinden wird, ist wiederum dem Thema "Demographie" gewidmet; allerdings soll das Thema anlässlich dieser kommenden Veranstaltung aus einer internationalen Perspektive angegangen werden. Entwicklungen im europäischen und im internationalen Umfeld, welche Rückwirkungen auf die Schweiz zeitigen, werden den Schwerpunkt der Tagung bilden.

Nationale und internationale demographische Entwicklungen sind als Themenkreise kaum vollständig getrennt voneinander zu behandeln: vielmehr bedingen sie sich gegenseitig, und die Konzentration auf nur einen Aspekt liesse kaum eine sinnvolle Diskussion um eine wünschbare demographische Entwicklung der Schweiz für die kommenden Jahrzehnte zu. Die Tagung vom 5. Dezember 1988 widmete sich dem ersten Teil der Thematik; dabei waren gewisse Exkurse zum Diskussionsgegenstand der zweiten Tagung kaum zu vermeiden. Der vorliegende Bericht sucht die Rückwirkungen nationaler demographischer Entwicklungen auf die schweizerische Sicherheitspolitik, wie sie an der Tagung diskutiert wurden, wiederzugeben. Erst der zweite Teil wird die Thematik als Ganzes abrunden können.

2. DEMOGRAPHIE UND SICHERHEITSPOLITIK: REFERATE

2.1. Thesen

Der erste Vortrag wurde von PD Dr. François Höpflinger gehalten. Der Referent arbeitet am Soziologischen Institut der Universität Zürich und ist Autor verschiedener Publikationen zur demographischen Entwicklung in der Schweiz, insbesondere auch zu Fragen der Familienstruktur und des Heiratsverhaltens. Der schriftliche Beitrag von Dr. Höpflinger wurde in Form von Thesen verfasst, die den übrigen Referenten vorgängig zugestellt wurden. Sie seien im folgenden wiedergegeben:

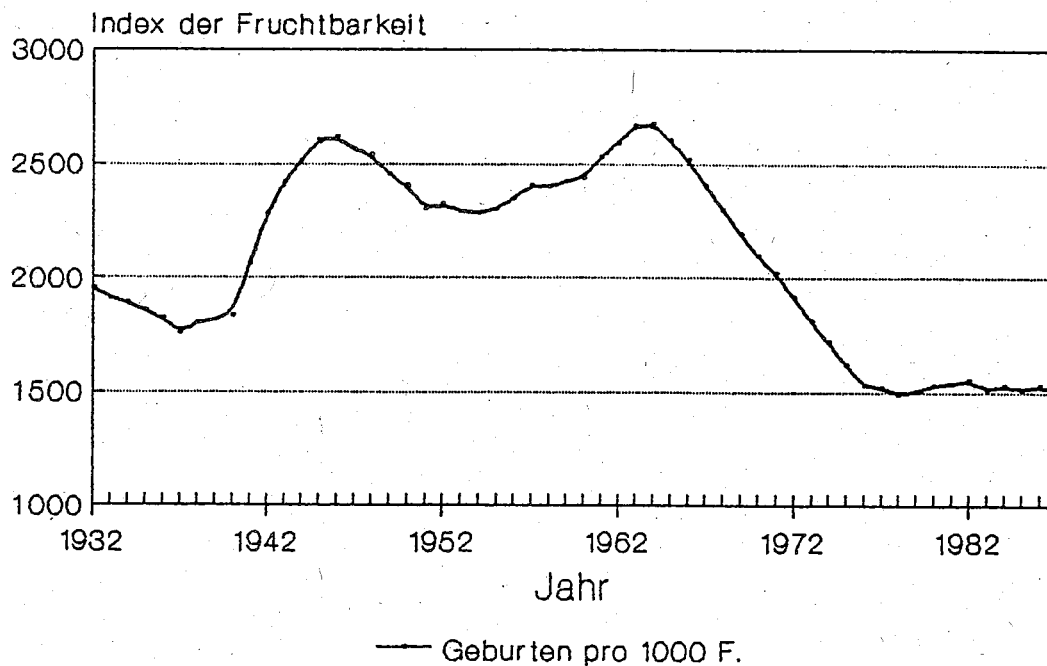
Geburtenentwicklung:

1) Weltweit zeigt sich ein starkes Ungleichgewicht der demographischen Entwicklung: Bevölkerungsexplosion in Ländern der Dritten Welt und Geburtendefizit in den hochentwickelten Ländern. Das globale demographische Ungleichgewicht hat langfristig sicherheitspolitische Auswirkungen (z.B. allmähliche Verlagerung von Ost-West-Konflikten zu Nord-Süd-Konflikten, verstärkter Wanderungsdruck, Zwang zur Verknüpfung von Sicherheitspolitik und Entwicklungspolitik).

2) Nach einem ausgeprägten Geburtenberg erlebte die Schweiz - ähnlich wie alle anderen westeuropäischen Länder - einen massiven Rückgang der Geburtenzahlen. (Vgl. Graphik 1: Entwicklung der Fruchtbarkeit in der Schweiz 1932 bis 1987). In den letzten Jahren hat sich das Geburtenniveau auf einem sehr tiefen Niveau stabilisiert. Das aktuelle Geburtenniveau liegt jedoch weit unter dem "Reproduktionsniveau" der Schweiz, und eine Fortführung gegenwärtigen Geburtenniveaus würde eine allmähliche Abnahme der Schweizer Bevölkerung einschliessen.

3) Auch in Zukunft ist für die Schweiz ein geringes Geburtenniveau zu erwarten. Das Modell der Kleinfamilie (mit ein bis drei Kindern) ist gesellschaftlich zu stark verankert, als dass eine Rückkehr zu wesentlich mehr Kindern in naher Zukunft denkbar erscheint. Zusätzlich zeichnet sich heute auch ein verstärkter Trend zur Kinderlosigkeit ab.

Graphik 1: Entwicklung der Fruchtbarkeit
in der Schweiz 1932 bis 1987



4) Der Durchbruch der Kleinfamilie hat auch zu einer Veränderung der Eltern-Kind-Beziehungen geführt. Familienverhältnisse wurden partnerschaftlicher und individualistischer. Junge Menschen, die in Kleinfamilien aufwuchsen, haben deshalb oft auch ein gespanntes Verhältnis zu (hierarchischen) Grossverbänden - wie es die Armee darstellt.

5) Gezielte bevölkerungspolitische bzw. pro-natalistische Massnahmen zur Förderung der Geburten haben kaum eine klare und eindeutige Wirkung. Das Geburtenverhalten in hochentwickelten Gesellschaften entzieht sich direkter politischer Steuerung weitgehend. Erfahrungen aus europäischen Ländern (z.B. Frankreich) zeigen, dass auch langfristige pro-natalistische Massnahmen das Geburtenniveau höchstens um 10-15% ansteigen lassen.

6) Im "Tempo" der Eheschliessung und Familiengründung zeigen sich klare Verschiebungen. Im Moment läuft der Trend in Richtung einer stärkeren Verzögerung von Heirat und Fertilität. Eine Trendwende - in Richtung Vorverschiebung - ist allerdings nicht ausgeschlossen. Eine solche Entwicklung könnte einen (kleinen) "Baby-Boom" zur Folge haben.

7) Eheschliessung und Familiengründung sind in den letzten Jahrzehnten allgemein unstabiler und individualisierter geworden. Eine Konsequenz davon sind deutliche und zunehmende Fluktuationen von Familienbildung und Geburtenentwicklung.

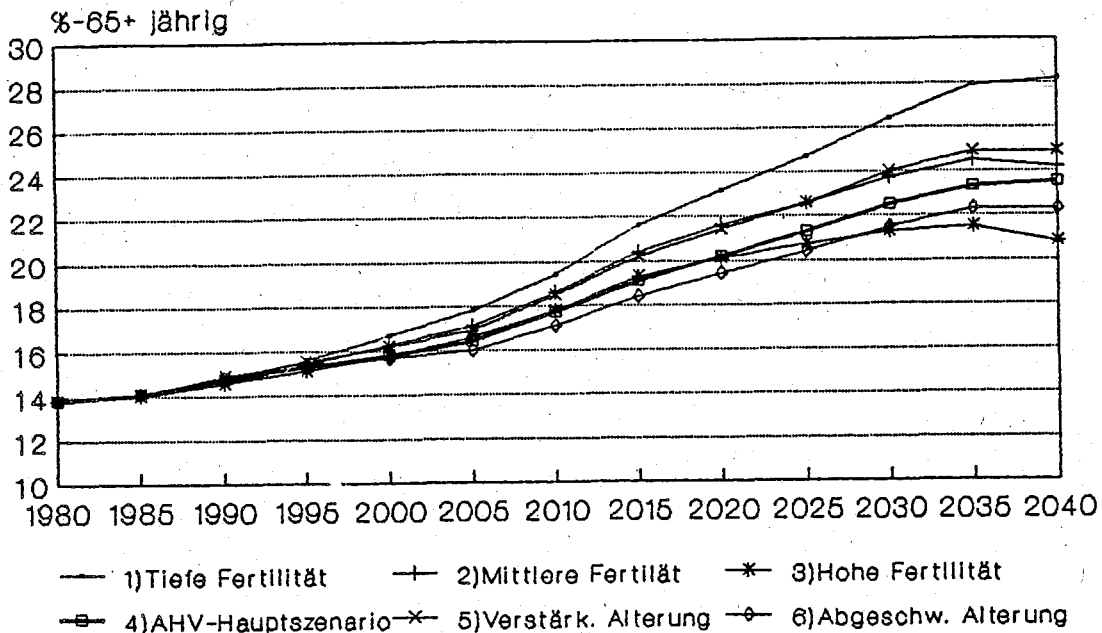
8) Organisationen, wie die Schulen oder die Armee, die nach Altersjahrgängen rekrutieren, müssen deshalb mit substantiellen Schwankungen ihrer Bestände rechnen, was ihre organisatorische Flexibilität auf eine harte Probe stellt.

Altersstruktur:

1) Die bisherige Geburtenentwicklung ("Baby-Boom" gefolgt von massivem Geburtenrückgang) führt in den nächsten Jahrzehnten zu einer deutlichen demographischen Alterung der Bevölkerung. Die demographische Alterung wird durch eine Zunahme der Lebenserwartung noch verstärkt. Das genaue Ausmass der demographischen Alterung ist allerdings je nach demographischen Annahmen unterschiedlich (vgl. Graphik 2: Anteil an 65+ jähriger Wohnbevölkerung 1980-2040, diverse Projektionen).

2) Die demographische Alterung der Bevölkerung ist eine "natürliche" Folge eines demographischen Wechsels von wachsender zu stabiler oder abnehmender Bevölkerung, und sie betrifft deshalb alle hochentwickelten Länder in analoger Weise. Ein demographisches Altern würde sich nur durch einen massiven Geburtenanstieg oder durch massive Einwanderung junger Menschen verhindern lassen.

Graphik 2: Anteil an 65+-jähriger Wohnbevölkerung 1980-2040 (diverse Projektionen)

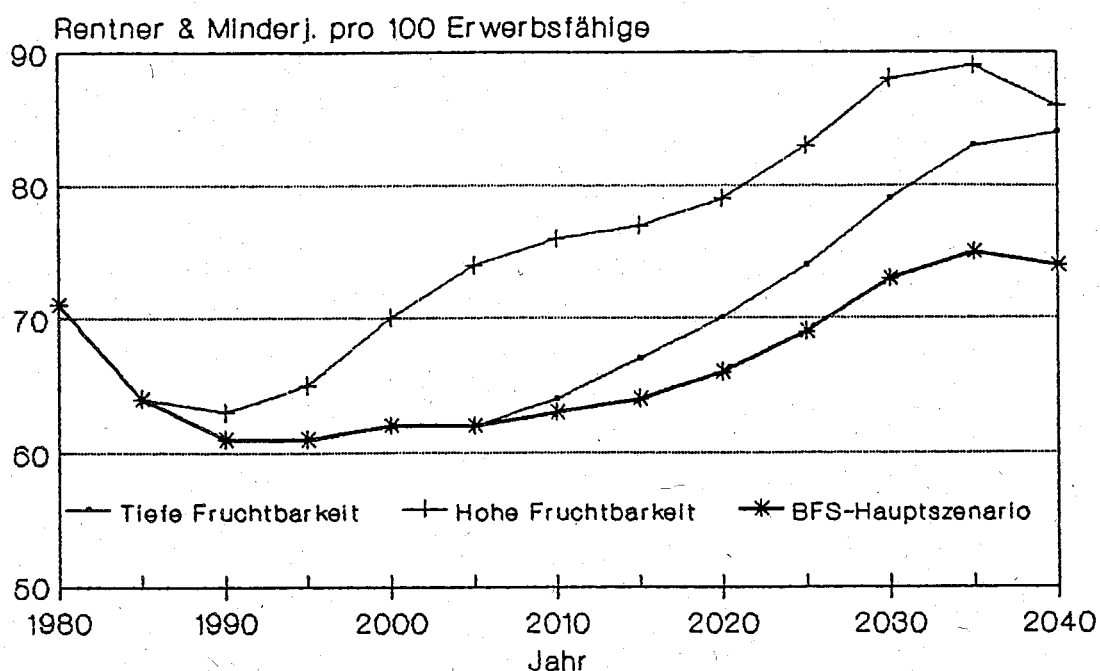


Komm. "Bevölkerungspolitik, 1985 (1-3)
Demographiebericht AHV, 1988 (4-6)

3) Mit zunehmender demographischer Alterung verschlechtert sich das Verhältnis zwischen erwerbstätiger und nicht-erwerbstätiger Bevölkerung (und die sogenannte "Belastungsquote" nimmt zu). Ein Geburtenanstieg würde allerdings die "Belastungsquote" noch stärker ansteigen lassen, und die mittlere Generation müsste nicht nur für mehr Rentner, sondern auch für mehr Kinder aufkommen (vgl. Graphik 3: Belastungsquote in der Schweiz 1980-2040 gemäss drei Projektionen).

4) Das häufig benützte Stichwort von der "Ueberalterung" der Schweiz ist teilweise irreführend, weil davon abgesehen wird, dass Leute heute im allgemeinen länger "jung" und gesund bleiben als früher. Biologisches Altern und "sozio-psychologisches" Altern dürfen nicht gleichgesetzt werden, und die soziale Struktur der zukünftigen Rentnergeneration ist anders als diejenige der heutigen Rentner (z.B. bessere Ausbildung, höheres Vermögen).

Graphik 3: Belastungsquote* in der Schweiz 1980-2040 gemäss drei Projektionen



*(0-19 J.+ 65 J.u.m.) / 20-64 J.
Quelle: BFS, 1988, Kommission, 1985

- 5) Von der demographischen Alterung der Bevölkerung werden primär diejenigen Organisationen und Institutionen betroffen, deren Rekrutierung gemäss strikten Altersregeln erfolgt. In vielen Bereichen (Armee, Pensionierung u.a.m.) wurden die Altersregeln zu einer Zeit festgelegt, da die Durchschnittsbevölkerung deutlich früher "erwachsen" wurde und auch deutlich früher starb. Teilweise entsprechen die Altersregeln nicht mehr heutigen Lebenserwartungen.

Binnenwanderung:

- 1) Die letzten Jahrzehnte brachten eine zunehmende Verdichtung der Bevölkerung ins Mittelland. Die Bevölkerungsdichte im Schweizer Mittelland hat vielerorts das soziale und ökologische Optimum überschritten. Andererseits haben mehr als die Hälfte aller Berggemeinden heute weniger Einwohner als vor hundert Jahren. Die regionale Bevölkerungsentwicklung der Schweiz verlief sehr ungleichgewichtig.

2) Im Gegensatz zu anderen Ländern konnte die Schweiz bisher allerdings eine grossflächige Entvölkerung der Berggebiete verhindern. Entvölkerung war bisher hauptsächlich ein kleinräumiger Prozess und auch das demographische Gleichgewicht zwischen den einzelnen Kulturgruppen blieb erstaunlich intakt (Ausnahme: Rückgang der rätoromanischen Bevölkerung).

3) Die Binnenwanderungen der letzten Jahrzehnte haben die soziale und altersmässige Trennung (Segregation) der Bevölkerung verstärkt. Damit verbunden sind Phänomene wie "Vereinsamung" verschiedener Bevölkerungsteile, das Auseinanderleben der Generationen sowie ein Verlust an regionaler Identität u.a.

4) Die zunehmende räumliche Mobilität verringert die "Verwurzelung" grosser Bevölkerungsteile mit ihrer Wohngemeinde, mit der Folge, dass es schwieriger wird, Leute für kommunale Aufgaben zu rekrutieren. Das kommunale Milizsystem (z.B. im Bereich des Zivilschutzes) befindet sich in vielen Gemeinden in einer Krise.

Aus- und Einwanderung:

1) Im Rahmen der europäischen Integration ist mit einer ständigen berufsbezogenen Wanderungsbewegung innerhalb Europas zu rechnen (zeitweise oder ständige Auswanderung von Schweizern, Einwanderung von anderen Europäern). Der innereuropäische Bevölkerungsaustausch dürfte sich unter modernen wirtschaftlichen Verhältnissen verstärken (Problem für Armee: mehr berufs- und ausbildungsbedingte Auslandsaufenthalte).

2) Viele junge Leute tendieren dazu, zumindest zeitweilig im Ausland zu leben. Dabei werden Formen der zeitweiligen Auswanderung wichtiger als permanente Auswanderung. In diesem Rahmen dürften zunehmend mehr junge Leute eine europäische als eine rein nationale Ausrichtung aufweisen (was sich auch auf die sicherheitspolitischen Perspektiven der jungen Generation auswirkt).

- 3) Der demographische "Wanderungsdruck" von aussereuropäischen Bevölkerungen in Richtung Europa nimmt zu, und Eingrenzungsmassnahmen in einem Land wirken direkt auf andere Länder zurück. Politische und wirtschaftliche "Fluchtmotive" verwischen sich dabei zusehends.

Bevölkerungsgrösse:

- 1) Die Schweiz hat ihre wirtschaftlich, oekologisch und sozial optimale Bevölkerungszahl weit überschritten. Bevölkerungszunahme und Bevölkerungsdichte verunmöglichen jede wirksame und autarke Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Unsere bisherige Sicherheitspolitik ist im Grunde immer noch auf eine Schweiz von 4 Mio. ausgerichtet, und nicht auf eine Schweiz von 6.6 Mio.

- 2) Gegenthese: Uebervölkerung ist ein relativer Begriff, und von der jetzigen demographischen Situation wird nicht der Grundsatz der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, sondern nur ihre Form berührt. Gegenüber anderen Faktoren (Wertewandel, technologische Veränderungen) sind demographische Faktoren für sicherheitspolitische Ueberlegungen nur von sekundärer Bedeutung.

- 3) Nur eine ständig wachsende Bevölkerung mit genügend Nachwuchs erlaubt ein Weiterführen der Milizarmee in der bisherigen Form. Und auch wirtschaftlich ist die Schweiz auf eine wachsende Bevölkerung angewiesen.

- 4) Gegenthese: Eine wachsende Bevölkerung bringt sozial und sicherheitspolitisch mehr Probleme als eine stabile oder langsam abnehmende Bevölkerung. Die demographische Alterung wird in ihren Konsequenzen oft überschätzt (gerade weil biologisches und soziales Altern gleichgesetzt werden). Manche Probleme der demographischen Alterung lassen sich durch organisatorische Massnahmen lösen (Stichworte: "qualitatives" statt "quantitatives" Wachstum, flexible Pensionierungsgrenzen).

2.2. Demographie und Sicherheitspolitik aus militärischer Sicht

Als nächster Referent äusserte sich Divisionär Paul Rast, Unterstabschef Planung des Stabes der Gruppe für Generalstabsdienste, zum Themenkreis Demographie und Sicherheitspolitik:

1. Standpunkte

Die demographische Entwicklung und ihr Einfluss auf unsere Sicherheitspolitik muss global und vernetzt beurteilt werden. Für die Armee haben die wehrpolitischen Tendenzen (Wehrwille und wehrpolitischer Konsens, Wertwandel, Veränderungen der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen) einen höheren Stellenwert.

Das Nachdenken über Demographie und Sicherheitspolitik hat in prospektiven Zeiträumen zu geschehen und stützt sich auf Trends und Tendenzen. Langfristige Planung ist geprägt durch Unsicherheit, die in einer sicherheitspolitisch unsicheren Zeit (Abrüstung, Friedenseuphorie, neue Formen der Bedrohung, Verdrängung des Krieges aus dem Bewusstsein des Menschen etc.) erst recht dominiert. - Es ist darum weise, die von Weitsicht getragene Konzeption der Gesamtverteidigung von 1973 anzupassen, zu verbessern und nicht zu ändern. Als Fundament kann sie auch prospektiven Zeitproblemen gerecht werden.

Es ist gut, sich immer wieder des Zweckartikels unserer Bundesverfassung zu erinnern. Die sicherheitspolitischen Ziele werden Bestand haben

- Wahrung des Friedens in Unabhängigkeit
- Wahrung der Handlungsfreiheit
- Schutz der Bevölkerung
- Behauptung des Staatsgebiets

ebenso der strategische Auftrag der Armee

- Beitrag zur Kriegsverhinderung (Dissuasion)
- Kriegführung
- Hilfeleistung an die zivilen Behörden

Eine durch demographische Zwänge stark verkleinerte Armee müsste im letzten Teil des Auftrages Abstriche machen. Die Armee bleibt das Machtmittel zur Verwirklichung unserer Strategie. Sie wird immer bereit sein müssen, der Zivilbevölkerung Hilfe zu leisten.

2. Das Massenheer ist auch in Zukunft notwendig

Es werden auch die Besonderheiten der Armee (Zeithorizont 2010) Bestand haben, wie sie der Bericht des Bundesrats an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 27. Juni 1973 darlegt. Ich zitiere:

"Allgemeine Wehrpflicht und Milizsystem erlauben es, im Rahmen einer zumutbaren Belastung des Bürgers und des Staatshaushalts eine Armee von **bedeutender zahlenmässiger Stärke** zu erhalten. Sie bieten die Möglichkeit, die unserem Volke innewohnenden Kräfte und Fähigkeiten in hoher Masse auszunützen. **Es ist aber unerlässlich, diese beiden Prinzipien immer wieder zu überprüfen und sich wandelnden Gegebenheiten sinnvoll anzupassen.**

Von hohem Wert ist die **innere Verbundenheit** von Armee und Bevölkerung. Als Gegenstand einer traditionell starken Anteilnahme aller dient die Armee dem nationalen Zusammenhalt. Ihre Ausstrahlung würde im Falle einer weitgehenden Besetzung unseres Landes den Widerstand erleichtern.

Die Stärke unserer Armee beruht wesentlich auf der grossen Zahl der Wehrmänner. Innerhalb einer freiheitlichen Staatsordnung, in der das Bedürfnis nach Sicherheit nur eines von vielen Anliegen ist, ist es aber undenkbar, ein mehr als zehn Prozent der Bevölkerung umfassendes Heer durchwegs mit modernstem Kriegsmaterial auszurüsten. Das zwingt zu rationeller Ausrüstung der relativ kleinen Bestände an Hochleistungswaffen- und geräten." (Ziffer 542)

Wir werden unser Massenheer unter dem Dache eines intelligenten Kompromisses zwischen Qualität und Quantität weiterentwickeln.

In diesem Zusammenhang noch ein Zitat aus Vorträgen von Korpskommandant G. Züblin (1957):

"Wie wir wissen, liegt der Sinn des Milizsystems in der Erfassung sämtlicher wehrfähiger Bürger zum obligatorischen Militärdienst. Dadurch wird erreicht, dass ein sehr grosser Bevölkerungsanteil wehrfähig ist (der ursprüngliche Sinn dieses Wehrsystems). Die mangelnde technische Fähigkeit der Einzelkämpfer konnte durch die Masse ausgeglichen werden. Führungsunerfahrenheit fand ihre Kompensation in der vaterländischen Gesinnung und im Bewusstsein des Kampfes um die eigene Sache. Der Aufwand an Menschen war sinnvoll. Heute jedoch, wo auf allen zivilen Gebieten durch Rationalisierung und Automatisierung die menschliche Leistung immer mehr in fruchtbare und schöpferische Bahnen gelenkt und dem Missbrauch entzogen wird, kommt es dem Zynismus gleich, diesen Weg nicht auch auf dem Gebiet des Militärischen zu beschreiten. Die Schlagkraft eines militärischen Kampfverbandes ist nicht mehr eine Funktion der Zahl der eingesetzten Fü-

siliere, sondern vielmehr eine solche der Kraft des zusammengefassten Feuers. So sollte denn für unsere Milizarmee immerwährend der erste Grundsatz sein, dass bei ihr in jeder Beziehung und ohne Ausnahme die Qualität stets vor der Quantität zu stehen habe."

Dem ist nur noch beizufügen, dass die zahlenmässige Dichte pro Quadratmeter, der wir uns im Kräftevergleich rühmen, auch in eine Feuergrösse umgesetzt wird.

Bereitschaft, Feuerkraft und Reaktionsfähigkeit müssen gegenüber der Masse an Kämpfern im Vordergrund stehen. Die Kunst besteht einerseits darin, im Rahmen der verfügbaren Finanzen die Armee mit einer genügenden Anzahl von Hochleistungswaffen und -geräten zu versehen, um die Abwehr bedrohungsgerecht führen zu können und dadurch die **Dissuasion** glaubwürdig werden zu lassen, und andererseits die Masse unseres Heeres mit einfachen, wirkungsvollen Waffen auszurüsten, die einen lange dauernden Verteidigungskampf garantieren; denn Hochtechnologiewaffen laufen auf einem von Elektronik beherrschten Gefechtsfeld Gefahr, rasch degradiert zu werden.

Das Massenheer wird für den Kampf im eigenen Land im übrigen wieder mehr gefragt sein. Es gilt, nicht nur feuerstarke Verbände zu haben, sondern es wird notwendig sein, für Bewachung, Ueberwachung und den Schutz lebenswichtiger Infrastruktur genügend Kräfte ausscheiden zu können.

Die Armee muss - neben der Führung des Abwehrkampfes - der indirekten Kriegführung besser begegnen, der Zivilbevölkerung flexibler helfen und das friedenssichernde Engagement unseres Landes in der Welt effektiv unterstützen können. Hierzu bedarf es nicht nur zahlenmässiger Stärke, sondern auch struktureller Anpassungen.

Bedrohung, Umweltentwicklung und Auftrag der Armee im Rahmen unserer Sicherheitspolitik beeinflussen die Heeresstruktur. Eine **Wehrpflichtigenarmee** reagiert naturgemäss empfindlich auf gesellschaftspolitische und demographische Entwicklungen.

Lassen Sie mich abschliessend festhalten:

Die allgemeine Wehrpflicht und die konsequente Ausschöpfung des Bevölkerungspotentials führen zum Massenheer, das differenziert ausgerüstet und ausgebildet werden muss. Ein fahrlässiges Abrücken von dieser Wehrtradition wäre fa-

tal. Bevölkerungsdichte und -struktur bestimmen den Umfang der Milizarmee. Demographisch bedingter Bevölkerungsschwund stellt das Milizsystem und die Milizarmee nicht in Frage. Eine grosse Bestandeseinbusse kann durch Qualität teilweise wettgemacht werden. Sie kann die Verteidigungsform beeinflussen.

3. Die demographische Entwicklung kann zur Krise führen

Die europäische Bevölkerung wächst bis zum Jahre 2000 um rund 2,4%, die Weltbevölkerung um 27%. Gemessen an den Bevölkerungsüberdruckgebieten, insbesondere Asien und Afrika, bildet Europa ein demographisches Unterdruckgebiet. Der derzeit zu beobachtende Immigrationsdruck auf Westeuropa dürfte sich weiter verstärken.

Die Bevölkerung nimmt zwischen 1985 und 2000 in den westlichen Industrieländern jährlich nur um ca. 5 Mio., in den Entwicklungsländern um ca. 77 Mio. zu. 1960 stellten die OECD-Länder noch 23% der Weltbevölkerung, im Jahre 2000 werden es weniger als 15% sein.

Besonders drastisch öffnet sich die Schere zwischen den jährlichen Wachstumsraten in Westeuropa (0,23%) und in der Türkei (2,12%): Im Jahre 2025 dürfte die Türkei etwa gleich bevölkerungsreich sein wie die BRD und Frankreich zusammen. Die Wachstumsraten Nordafrikas dürften sich in derselben Grössenordnung bewegen. Die Bevölkerung in den an Westeuropa unmittelbar angrenzenden Regionen Asiens und Afrikas wird bis nach 2000 neunmal schneller zunehmen als in Westeuropa selber, es wird somit ein ungeheures **Immigrationspotential** vorhanden sein.

Die Schweiz gehört zu jenen Staaten, in welchen das rasche Ansteigen der potentiellen aussereuropäischen Immigranten mit einem Rückgang der einheimischen Erwerbsbevölkerung einhergehen wird. Immigrationsströme werden vor allem aus einer demographisch-ökonomischen Optik betrachtet. Eine anhaltende, umfangreiche Einwanderung aus **fremden Kulturräumen** stört die kulturelle Identität und erschwert das Vertrauen in die eigene Handlungsfähigkeit und damit die Zukunft. Verteidigungswürdigkeit und -fähigkeit der Schweiz könnten längerfristig in Frage gestellt werden.

Nach Schätzungen des Bundesamtes für Statistik wird die **schweizerische** Wohnbevölkerung unter Veränderung der Altersstruktur leicht zunehmen von 5,5 Mio. auf 5,9 Mio. im Jahre 2010. Neben der Zunahme der Rentner ergeben sich auch markante Veränderungen in der **wehrpolitisch relevanten Altersstruktur**:

bis 20: von 26 auf 21%

20 - 39: von 31 auf 25%

40 - 64: von 29 auf 34%

Die klassische Alterspyramide wird zum giftigen Pilz.

Zur schweizerischen Wohnbevölkerung kommt noch die **ausländische** hinzu. Diese betrug 1982: 951'000, wovon 708'000 (74%) mit Niederlassung. Das entspricht einem Anteil von rund 15% an der Gesamtbevölkerung. Die Zahl der niedergelassenen Ausländer, die den Schweizern mit Ausnahme der politischen Rechte und der militärischen Pflichten weitgehend gleichgestellt sind, nimmt zu. Dies korrespondiert mit einer Politik, die im Unterschied zu den 60er Jahren den Familiennachzug erleichtert.

Lassen Sie mich abschliessend aufgrund eines "Worst Case-Szenario"

- **Starke Immigration in Verbindung mit krisenhaftem Strukturwandel**

mögliche Entwicklungen und damit verbundene Konfliktsituationen stichwortartig skizzieren:

- Ausgestaltung des Sozialstaates im Zuge der demographischen Alterung
- Forderung eines kontraproduktiven Abbaus ausländischer Arbeitsplätze durch plebiszitäre Gruppen
- Polarisierung im Rahmen unserer Flüchtlingspolitik (Abstriche, die an die Substanz unserer abendländisch-humanitären Tradition und damit verbundener völkerrechtlicher Verpflichtungen gehen)
- **Arbeitskämpfe / Krawalle zwischen**
- älteren Generationen einerseits und jüngeren andererseits, die politisch desintegriert sowie steuerlich stark belastet sind

- Anhängern einer offenen Schweiz und xenophoben Kreisen
- Arbeitnehmern und Arbeitgebern und ihren Verbänden
- Ausländergruppen und Wohnbevölkerung

In Anbetracht der grossen Bedeutung des sozialen Friedens würden Rückwirkungen auf den Werk- und Finanzplatz Schweiz nicht ausbleiben.

Konsequenzen für die Armee könnten sein

- je nach Perzeption der traditionellen Bedrohung: Bedeutungsverlust und Gefährdung der Einsicht in ihre Notwendigkeit
- Einsätze zur Herstellung von Ruhe und Ordnung im Innern, allenfalls auch zur Abschreckung von Immigrationsbewegungen über die Grüne Grenze

verbunden mit der komplexen Problematik eines Armee-Einsatzes im eigenen Land.

Eine kontinuierliche Beobachtung und Analyse der gesellschaftspolitischen Entwicklung wird notwendig sein. Ebenso wären Massnahmen ganzheitlich und aus einer Langfristoptik heraus zu konzipieren.

Der aktiven Komponente unserer Sicherheitspolitik käme hier besondere Bedeutung zu (Aussenpolitik, Vorbereitung der Krisenbewältigung im internationalen Kontext, usw.).

4. Geburtenentwicklung und Schweizer Armee

Die Anzahl der Geburten von Schweizern männlichen Geschlechts sank von 44'000 im Jahre 1963 auf 28'000 und liegt heute bei über 32'000. Nach 2000 ist mit erneutem Absinken unter 30'000 zu rechnen.

Im **Auszug** kann ab 1996 der Kontrollbedarf nicht mehr gedeckt werden. Im Jahre 2004/05 fehlen etwa 44'000 Mann. In der Landwehr und im Landsturm bestehen beträchtliche Ueberbestände:

- **Landwehr:** gegen 2010 kann auch hier der Kontrollbedarf nicht mehr gedeckt werden.
- **Landsturm:** es bestehen Ueberbestände bis weit über das Jahr 2010 hinaus.

Die Ueberbestände in den beiden letztgenannten Heeresklassen bilden zur Lösung des Bestandesproblems eine willkommene "Manövriermasse".

Der Kontrollbedarf der Gesamtarmee ist während des ganzen Prognosezeitraumes (bis 2010) gedeckt.

Aufgrund der Rahmenbestimmungen, nämlich Rekrutenschule im 20. Altersjahr, Wehrpflichtaltersgrenze 50 und Erhaltung der Armeestruktur solange als möglich, ist folgende mittelfristige Lösung des Bestandesproblems vorgesehen:

- Verschiebung der Heeresklassengrenze "**Auszug**" von 32 auf 35 Jahre - ergibt Deckung des Kontrollbedarfs im Auszug bis 2010.
- Bildung von 2 Heeresklassen - zusammenlegen von Landwehr und Landsturm in eine Heeresklasse Landwehr von 36 - 50.

Diese elegante Lösung des Bestandesproblems hat Auswirkungen auf den Ausbildungsrhythmus. Ueberbestände - oder mit anderen Worten: grosse Effektivbestände - garantieren einen noch akzeptablen Bestand für den WK/EK. Es wird ein neuer Dienstleistungsrhythmus festgelegt. Die Vorbereitungen der Aenderung der MO laufen. Die Gesamtdienstzeit (49 Wochen) bleibt unverändert.

Die möglichst lange Beibehaltung der heutigen Armeestruktur und des Potentials des Massenheeres, des Status quo im wesentlichen, dürfte gerade in einer Zeit der militärpolitischen Verunsicherung eine günstige Lösung sein. Sie ist aber langfristig nicht mehr als ein Zwischenschritt.

Das Drei-Heeresklassensystem und die Ueberbestände in der Landwehr und im Landsturm ermöglichen eine Lösung des Bestandesproblems, die unserer Wehrtradition entspricht. Nach 2000 - gegen 2010 - müssen neue Massnahmen ergriffen werden; denn

- der Kontrollbedarf (Richtzahl 600'000 Mann) kann ab ca. 2010 nicht mehr gedeckt werden.

Eine Verkleinerung der Armee drängt sich auf. Während der erste Schritt (Erhöhung des Auszugsalters, 2 Heeresklassen und die damit verbundene neue WK-Konzeption) wohl organisatorischen Aufwand erfordert - aber auch bessere Voraussetzungen für Strukturänderungen schafft - , öffnen die Auswirkungen der Geburtenentwicklung nach 2010 die Türe für tiefgreifende Aenderungen.

Im Vordergrund der diesbezüglichen planerischen Tätigkeiten stehen Szenarien mit Herabsetzung des Wehrpflichtalters und entsprechender Strukturänderung.

Die Vision einer dynamischen, feuerstarken, zur operativen Beweglichkeit und zum Schutze der lebenswichtigen Infrastruktur des Landes befähigten Armee tritt hier in den Raum. Ebenso gehören zu diesem Bild die Möglichkeiten der Verstärkung des Zivilschutzes und die Uebernahme des Objektschutzes durch Betriebswehren vor Ort. Eine konsequente Verkleinerung des Massenheeres könnte zur gegebenen Zeit auch ein Beitrag zur konventionellen Abrüstung sein. Eine Aenderung des strategischen Auftrages der Armee oder unserer Abwehrkonzeption ist nicht sosehr eine Frage des Armeebestandes als vielmehr der sich entwickelnden Bedrohung.

Die herausfordernde Aufgabe für die Planung besteht darin, den Uebergang vom Ist-Zustand zum Zwei-Heeresklassensystem und zur Lösung des Bestandesproblems ab Mitte der 90er Jahre, aber dann vor allem die Schritte in eine neue Armeestruktur evolutionär zu vollziehen.

Noch ein Wort zu den **Einbürgerungen** und ihren Auswirkungen auf das Bestandesproblem. Zwischen 1971 und 1987 zeigt sich der männliche Bürgerrechtswechsel wie folgt: ca. 75'000 (0-19 Jährige) wurden in dieser Zeitspanne Schweizer. 1978/79 ist ein "Einbürgerungsboom" zu verzeichnen (z.B. Einwanderer aus der Tschechen- und Ungarnkrise).

Die Auswirkungen auf die Gesamtzahl der Stellungspflichtigen ist marginal. Wir schöpfen heute das Stellungspflichtigen-Potential zu ca. 91% aus. Jährlich kommen etwa einige hundert Eingebürgerte dazu.

Es wird im übrigen darum gehen, durch evolutionäre Strukturanpassungen (neue Waffensysteme, neue Bedrohungskomponenten und neue Einsatzbedürfnisse) ein hohes Mass an organisatorischer Flexibilität (um mit Dr. Höpflinger zu sprechen) sicherzustellen.

Da heute und in Zukunft die Leute im allgemeinen länger "jung" bleiben, aber - auch nach Dr. Höpflinger - biologisches Alter und "sozio-psychologisches" Alter nicht gleichgesetzt werden dürfen, ist eine sukzessive Durchmischung von Landwehr-Landsturm (36 - 50) sowie eine Heraufsetzung des Auszugsalters - von der Altersstruktur her beurteilt - problemlos. Wir werden in den 90er Jahren noch vermehrt gemischte Verbände (Auszug-Landwehr) haben. Auch hier muss das System "Massenheer" flexibler gehandhabt werden.

Solange Kriegsverhinderung primäre Aufgabe von Armeen sein muss, wird auch eine kleinere Schweizerarmee den heutigen sicherheitspolitischen Auftrag erfüllen müssen. Das bedeutet kontinuierliche und hartnäckige, aber auch bedrohungsgerechte Weiterentwicklung des Ist-Zustandes.

5. Wanderungen führen auch in die Gefahr

Lassen Sie mich mit zwei Beispielen einleiten:

Am 16. Januar 1986 war in der NZZ über die **Bevölkerungsprognose für den Kanton Zürich bis 2010** zu lesen - ich zitiere bruchstückhaft:

"Der Regierungsrat hat eine neue Bevölkerungsprognose für den Kanton Zürich und seine Planungsregionen verabschiedet. Danach wird von 1985 bis zum Jahre 2010 die Bevölkerung des Kantons um rund 60'000 auf 1'195'000 Einwohner anwachsen, was einer Zunahme von 5% in 25 Jahren entspricht".

Der Bericht hält im weiteren fest, dass

- die Altersklassen von über 40 Jahren stark zunehmen und jene der 10-25-jährigen erheblich abnehmen werden;
- in den vergangenen drei Jahrzehnten Geburtenüberschüsse von insgesamt 170'000 verzeichnet wurden und in der Periode 1985-1990 erstmals ein Sterbeüberschuss (ca. 3'000) eintreten werde, der sich in der Periode 2005 bis 2010 kontinuierlich auf 17'000 vergrössern werde;
- die Bevölkerung des Kantons Zürich somit in den nächsten Jahren nur infolge von **Wanderungsgewinnen** wachsen werde;

- sich die Bevölkerungszahl der **Stadt Zürich** nach einer 20-jährigen Schwundperiode wieder stabilisieren werde, die Zahl der über 65-jährigen abnehmen und die Altersklassen zwischen 25 und 50 Jahren dominieren werden;
- die Bevölkerungsentwicklung regional unterschiedlich verlaufe - ohne nennenswerte Zunahmen (weniger als 5%) in den Regionen Limmattal, Zimmerberg, Winterthur, mit erheblichen Zunahmen in den Regionen Oberland (14%) und Knönaauer Amt (34%).

Die Bedeutung der Wanderungen kommt zum Ausdruck, aber auch die gesamtstaatlich gesehen heterogene demographische Entwicklung, wie auch das Erreichen des Sättigungsgrades in gewissen Grossagglomerationen. Vor allem aber gibt es zu Bedenken Anlass, dass die Fruchtbarkeit dieses Landes die eigenen Ressourcen nur noch zum Teil sicherstellen kann.

Als zweites Beispiel dient eine **Industriegemeinde** mit einer Gesamtbevölkerung von etwa 25'000 (sie sei nur als Modell aufgeführt und bleibt ungenannt):

Einige Feststellungen

- Die heutigen Einwanderer aus Jugoslawien und der Türkei (auch Portugal und Griechenland) denken und handeln anders als die Italiener und Spanier. Nach Auskunft der Einwohnerkontrolle betreffen acht von zehn Gesuchen um Familiennachzug Jugoslawen und Türken.
- In den letzten vier Jahren hat sich die Anzahl der vertretenen Nationen von 42 auf 56 erhöht.
- Die Wohnbevölkerung der Gemeinde weist in den letzten fünf Jahren einen durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 242 Personen auf. Der schweizerische Anteil beträgt praktisch gleichviel wie der ausländische: 126 versus 116.
- Die schweizerische Wohnbevölkerung wächst mehrheitlich durch Zuwanderung, die ausländische durch Geburtenüberschuss und Familiennachzug.

Die Kennziffern sprechen eine klare Sprache:

	Geburtenziffer pro 1'000 Einwohner	Geburtenüber- schuss pro 1'000 Personen
Schweizer	12,1	3,7
Ausländer	16,2	13,2

- Der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der gesamten Wohnbevölkerung der Gemeinde betrug am 31.12.87 16,37%, nämlich 4008 gegenüber 24'488.

Eine Prognose zum Integrationsverhalten

Ich zitiere den Gemeindepräsidenten:

"Die Einwanderer der Jahre 1950-1975 stammten mehrheitlich aus den Staaten Italien und Spanien, mit einer ähnlichen kulturellen Verankerung wie wir Schweizer. Relativ hoch waren deshalb auch die Einbürgerungsquoten dieser Bevölkerungsteile (2. Generation geschätzt in der Agglomeration ca. 40%).

Die Einwanderer aus Ungarn, der Tschechoslowakei und anderen Ostblockländern verhielten sich im allgemeinen auch sehr integrationswillig, weil ihnen die Rückkehr versagt blieb. Entsprechend hoch liegt ihre Einbürgerungsquote, selbst der 1. Generation.

Anders verhalten sich die neuen Einwanderer aus den zurzeit aktuellen Rekrutierungsländern Jugoslawien, Griechenland, Türkei (die Türkei ist als offizielles Rekrutierungsland für die Schweizer Wirtschaft noch nicht frei, zum Glück...) und Portugal.

Das kulturelle Erbe, die Sprache, die Religion, das Bildungsniveau und das Demokratieverständnis dieser Einwanderer sind bekanntlich sehr verschieden von unseren Verhältnissen. Der Wille, vielleicht auch die Fähigkeit zum Erlernen unserer Sprache fehlt weit herum. Häufig trifft der Vater am Arbeitsplatz ein Kauderwelsch von Italienisch-Deutsch oder ähnlichem an. In den Volksschulen spricht man in einigen Quartierschulhäusern von einem echten Notstand bezüglich sprachlicher Verständigung Lehrer-Schüler und Schüler-Schüler.

Man muss vermuten, dass in den nächsten zwei Jahrzehnten eine Ausländerjugend heranwächst, vor allem in grösseren Agglomerationsgemeinden mit "anonymen" Bevölkerungsgruppen, die bedeutend schwieriger zu integrieren sein wird. Als Massnahme gegen diese Tendenz müsste z.B. auf den Stufen Volks-, Mittel- und Berufsschulen das Thema Integration verstärkt einbezogen werden."

Sie werden sich fragen, was diese kleinliche Schau der Dinge mit Sicherheitspolitik oder mit der Armee zu tun habe:

Hier wird das Wachsen einer Agglomeration deutlich, aber auch die Problematik der Integration von ausländischen Gruppen. Insbesondere kann letzteres auf den Staat Schweiz übertragen werden. Langfristig können sich gesellschaftspolitische Spannungen entwickeln, die zu Konflikten führen.

Wir haben im Bericht zum Ausbauschnitt 1988-91 im Kapitel "Umwelt" folgendes festgehalten:

"Der Trend zur **Rationalisierung** führt vielfach zur Bildung von Betriebschwerpunkten und damit zu Ballungszentren mit steigender Bevölkerungszahl und mehr Ueberbauungen. Als Folge betrieblicher Konzentrationen entstehen neuralgische Punkte wie Kommunikations- und Rechenzentren. Für viele dieser im Normalfall entscheidend wichtigen Systeme bestehen keine Ausweichlösungen für den Verteidigungsfall. Durch die Ausdehnung der Agglomerationen werden die natürlichen Hindernisse und die Geländestruktur verändert, die Pendlerbewegung und damit die Anzahl der Verkehrsmittel wachsen."

Binnenwanderungen, aber auch Einwanderungen im weitesten Sinne führen zum Wachstum von Agglomerationen, zu mehr Ueberbauungen, zu grösserer Verletzlichkeit. Je grösser die Besiedlungsdichte, desto schwieriger wird die Kampfführung im eigenen Lande. Der Hinderniswert von Agglomerationen ist nicht wegzuleugnen. Auf der anderen Seite aber, wenn wir die überbauten Gebiete für uns ausnützen und verteidigen wollen, gefährden wir unsere Zivilbevölkerung in Zukunft weit mehr, denn die flächendeckende, letale Wirkung moderner Munition steigert die Verluste ins Unermessliche.

In diesem Sinne bringt eine steigende Bevölkerungszahl für die Kampfführung unserer Armee im eigenen Lande sicherheitspolitisch mehr Probleme. Die gegnerischen Möglichkeiten, aber auch die eigene Kampfführung gefährden unsere Zivilbevölkerung aufs äusserste. Hier stellt sich die Frage, ob nicht die Bedeutung unserer Schutzräume im Sinne einer vertikalen Evakuierung zum Schutze vor der feindlichen und der eigenen konventionellen Kriegführung vermehrt hervorgehoben werden müsste. Ich glaube es war Sun Tsu, der die folgende Beurteilung machte:

"Nichts könnte einen Aggressor mehr zum Angriff ermutigen und die eigene Bevölkerung in ihrem Willen zum Widerstand entmutigen, als die Begrenzung der Kampfhandlungen auf das eigene Territorium."

Für unsere militärische Landesverteidigung ist der Kampf im eigenen Lande ein grosses Problem. Diesem Faktum müsste konsequent Rechnung getragen werden. Die oft gepriesene Schicksalsgemeinschaft Zivilbevölkerung-Armee muss in Anbetracht des modernen Krieges einer kritischen Wertung unterzogen werden.

Es muss im übrigen alles getan werden, um einen Krieg von unserem Lande fernzuhalten. Im Verteidigungsfall muss der Kampf im Grenzraum, an der Grenze und über die Grenze anders gewichtet werden.

Noch eine andere Entwicklung gilt es im Auge zu behalten:

Die zunehmende supranationale berufliche Mobilität - und eine Art neues Weltbewusstsein unserer jungen Generation vor allem - kann zum Verlust des Nationalgefühls und des staatlichen Selbstbehauptungswillens führen. Das isolationistische Sicherheitsdenken beginnt - langsam und vorwiegend bei der jüngeren Generation - einem sicherheitspolitischen Verständnis Platz zu machen, das nationale Sicherheit ebensowohl durch eine sehr viel aktivere Aussenpolitik gewährleistet sehen will. Militärische Selbstbehauptung wird nicht mehr als erster Staatszweck, sondern als einer unter mehreren angesehen.

Und noch eines:

Die in der Schweiz niedergelassenen Ausländer belasten die Führung in der Krise und erst recht im Kriege. Dieser beginnt kaum mehr mit einer klassischen Mobilmachung, sondern eher mit einem überraschenden Knall oder mit einem schleichenden Uebergang. Die Prosperität der Schweiz ist auf ein grosses Ausländerkontingent angewiesen.

6. Schlusspunkte

1. Im Rahmen der demographischen Grenzen wird es immer darum gehen, eine zahlenmässig starke Armee zu haben. Qualität im umfassenden Sinne muss vor Quantität kommen.
2. Die demographischen Entwicklungen könnten langfristig zu Konfliktsituationen führen, die auch für die Armee zum Prüfstein werden könnten.
3. Den Auswirkungen des Geburtenrückganges kann **mittelfristig** unter Aufrechterhaltung der Armeestruktur durch Verschiebung der Altersgrenze im Auszug (32 auf 35) begegnet werden; in der Periode nach 2010 muss die Armee verkleinert werden - ohne dass aus heutiger Sicht - aus diesem Grunde der

sicherheitspolitische Auftrag und die Verteidigungskonzeption geändert werden müssen.

4. Binnenwanderungen führen zum Anwachsen von Bevölkerungszentren und zur Entwurzelung. Je dichter die Besiedlung des Landes wird, umso schwieriger ist die Führung des Kampfes im eigenen Lande. Auswanderungen und internationale Mobilität führen zum Verlust des für die Verteidigung des eigenen Landes notwendigen Nationalgefühls.
5. Die sich abzeichnende demographische Entwicklung in der Schweiz dürfte mit Ausnahme von Veränderungen der Altersstruktur in der Armee keinen wesentlichen Einfluss auf unsere Sicherheitspolitik haben - vorausgesetzt, dass die Auswirkungen von aussen durch die Staatsführung unter Kontrolle gehalten werden können.

Die längerfristige Entwicklung ist ungewiss.

2.3. Die demographischen Entwicklungen in der Schweiz und ihre Auswirkungen auf den zivilen Sektor

Aus einer primär zivilen Sicht äusserte sich Botschafter Rudolf Weiersmüller, lic. rer. pol., zum Thema der Arbeitstagung. Botschafter Weiersmüller ist Koordinator für internationale Flüchtlingspolitik des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA).

"Unter den Begriff der demographischen Entwicklung fallen einerseits die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, also etwa ihre soziale und altersmässige Zusammensetzung, und andererseits die Modifikationen der Bevölkerungsgrösse im Sinne der Gesamtzahl der Personen. Die Diskussion um die Bevölkerungsstruktur wird hauptsächlich in den Geistes- und Sozialwissenschaften geführt, jene um die Bevölkerungsgrösse vornehmlich in verschiedenen Naturwissenschaften, namentlich in der Biologie, der Verhaltensforschung und ansatzweise in der Medizin. Die Nationalökonomie ist sich nicht sicher, wo sie sich in der Debatte einordnen soll. Ihre Beiträge sind denn auch bisher eher bescheiden gewesen. Der Wissensstand ist ohnehin bei beiden Aspekten noch wenig fortgeschritten, so dass ich Sie bitte, auch meine Ausführungen als Versuch einer punktuellen Bestandesaufnahme zu verstehen.

Gestatten Sie mir, quasi als Einleitung, eine weitverbreitete Fehlinformation zu korrigieren. Die Zahl der Einwohner schweizerischer Nationalität nimmt in unserem Lande nicht ab, sie **nimmt zu**. Die Zunahme betrug in den letzten acht Jahren durchschnittlich 22'500 Personen, insgesamt 180'000 Personen. Dies erscheint paradox, denn die Schweizerin hat durchschnittlich nur 1,52 Kinder (Zahlen 1981/85), was doch logischerweise eine Abnahme der Bevölkerung zur Folge haben müsste. Die Erklärung liegt darin, dass die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter zurzeit so gross ist, dass auch bei dieser Kinderzahl ein Geburtenüberschuss entsteht. Dazu bewirkt der Anstieg der durchschnittlichen Lebenszeit ebenfalls eine Bevölkerungszunahme: Die mittlere Lebenserwartung ist in den letzten zehn Jahren bei den Frauen von 76 auf 79 Jahre und bei den Männern von 70 auf 72 Jahre gestiegen. Ferner addieren sich die Einbürgerungen von rund 9000 Ausländern im Mittel der letzten Jahre.

Dass die Gesamtbevölkerung der Schweiz zunimmt, ist wegen der Auseinandersetzungen um die Ausländer- und Flüchtlingspolitik etwas besser bekannt. Diese Zunahme betrug in den letzten 8 Jahren im Mittel 33'000 Personen, bzw. insgesamt 263'000 Personen.

Wesentlich für den Bundesrat und die in seine Kompetenz fallenden Bereiche der Politik ist, dass in den nächsten 8 bis 10 Jahren aller Voraussicht nach mit einer steigenden Gesamtbevölkerung mit relativ konstanten Pro-Kopf-Ansprüchen zu rechnen ist. Auf schweizerischem Territorium hat in der Geschichte noch nie eine in Zahl und Wirtschaftsstil vergleichbare Bevölkerung gelebt. Es ist zweckmässig, einige wirtschaftliche und soziokulturelle Aspekte zu beleuchten.

Wirtschaftliche Aspekte

Wer die wirtschaftstheoretische Diskussion verfolgt, stellt fest, dass eine neue Betrachtungsweise im Entstehen ist. Die Volkswirtschaften sind seit den 50er Jahren - aber im Grunde genommen seit Keynes - vornehmlich als geschlossene Systeme, die über den Aussenhandel miteinander im Austausch stehen, betrachtet worden. Jedem Nationalökonom sind die Kreislaufgleichungen vom Typ $Y = C + I$ ein Begriff. Die zentrale Frage war diejenige der Optimierung des Volkseinkommens (Y) unter der Bedingung der Vermeidung von Arbeitslosigkeit und dem Streben nach Geldwertstabilität und aussenwirtschaftlichem Gleichgewicht. Diese Ueberlegungen behalten nach wie vor ihre Gültigkeit, werden jetzt aber überlagert von der Frage nach der Nachhaltigkeit (sustainability) des gesamten Wirtschaftsprozesses. Dies führt zu grundlegenden Fragen nach der Grösse einer Volkswirtschaft im Verhältnis zum Territorium. Unter der Grösse einer Volkswirtschaft versteht man die Zahl der Menschen verbunden mit ihrem Wirtschaftsstil oder anders gesagt, die Zahl der Einwohner multipliziert mit ihrem Energie- und Massendurchsatz. Die Volkswirtschaft wird also als offenes System, das mit der "Natur" im Austausch steht, begriffen. Die Erkenntnis lautet, dass eine Volkswirtschaft dann auf längere Frist erhalten werden kann, wenn sie sich im Fliessgleichgewicht mit dem Territorium befindet. Die Ueberlegungen hierzu stammen aus den Naturwissenschaften. Das Theorem von Ilya Prigogine, der für diese Ueberlegungen den Nobelpreis bekommen hat, besagt, dass die Energieentwertung, der Energieverschleiss in einem offenen System am geringsten ist, wenn sich das System im Fliessgleichgewicht - steady state - befindet.

Wie wir den Resultaten einer kürzlich abgehaltenen Tagung der Nationalen Schweizerischen UNESCO-Kommission, die diesem Thema gewidmet war, entnehmen, ist die schweizerische Volkswirtschaft in ihrer gegenwärtigen Grösse nicht nachhaltig existenzfähig. Dr. Gonzague Pillet von der Universität Genf schätzt, dass bei Beibehaltung des heutigen Verbrauchsniveaus die Schweiz, wenn sie auf

ihre eigenen Energieressourcen angewiesen wäre, knapp eine Million Einwohner zu beherbergen vermöchte. Diese Ueberlegung bezieht sich auf die Versorgung mit Energie und "energieenthaltenden" Gütern. Man müsste sie durch eine analoge Berechnung auf der Entsorgungsseite komplettieren. Es ist je nach Entwicklung der Energiepreise auf dem Weltmarkt möglich, dass die Entsorgung ebenso grosse oder noch grössere Probleme aufwirft. Wir leben zurzeit in einer Weltmarktsituation, wo die Preise für fossile Energie äusserst niedrig sind - man kann fast von einem Schlaraffenland-Zustand sprechen. Auf der Entsorgungsseite kumulieren sich andererseits die Lasten mit unauffälliger aber gnadenloser Stetigkeit. Diese kommende Entsorgungslast hat noch keineswegs auf die Preise durchgeschlagen. Es sind aber vorerst eher einige politische Friktionen zu verzeichnen. Man muss sich bewusst sein, dass z.B. die Mengen der zu entsorgenden radioaktiven Substanzen stark zunehmen werden, sobald die Lebensdauer der gegenwärtig betriebenen Reaktoren zu Ende geht.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass die schweizerische Volkswirtschaft in ihrer gegenwärtigen Grösse und technologischen Ausprägung nur durch massive Energiezufuhren von aussen funktionieren kann. Hinsichtlich der Ausweitung ihrer "eigenen" Energieversorgung durch zusätzliche Kraftwerke ist der Spielraum umstritten. Im Fall von Kaiseraugst hat der zweite Hauptsatz der Thermodynamik das Projekt noch vollends zu Fall gebracht. Dieser Satz besagt, dass bei der Umwandlung von Energie ein Teil als für das System nicht mehr verwertbare Abfallwärme anfällt. Die Weigerung der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz eine entsprechende Erwärmung des Rheins zuzugestehen, machte den Bau eines Kühlturmes unabdingbar. Dieser Kühlturm wiederum war u.a. wegen der Besiedlungsdichte politisch nicht zu realisieren. Der genau gleiche Sachzwang ergäbe sich, falls es gelingen sollte, einen thermonuklearen Fusionsreaktor zu bauen. Hinsichtlich der Abwärme verhält sich eine solche Maschine nicht anders als alle anderen Wärmeumwandlungskraftwerke. Im übrigen fallen auch beim Fusionsreaktor radioaktive Substanzen an, allerdings mit geringeren Halbwertzeiten. Ich erwähne diese Beispiele nicht, um auf die Atomdiskussion abzuschweifen. Die Problematik der Ver- und Entsorgung ist dort lediglich etwas plastischer erkennbar als in anderen Bereichen.

Für sich genommen ist die schweizerische Volkswirtschaft eine Success-story. Durch ein intelligentes Aussenhandelssystem hat es die Schweiz verstanden, trotz der erwähnten Abhängigkeit von einem kontinuierlichen Zustrom an Energie eine beeindruckend stabile und qualitativ hochstehende Versorgung ihrer Einwohner mit Gütern und Dienstleistungen zu erreichen. Eine Volkswirtschaft nach

schweizerischem Muster ist denn auch unterschwellig ein Leitbild für zahlreiche andere Staaten. Man kann überhaupt sagen, dass unser westlicher Lebensstil sich als Leitidee für die gesamte Welt durchgesetzt hat. Die Konsequenzen der weltweiten Anwendung des schweizerischen Volkswirtschaftsmodells in seiner gegenwärtigen Grösse und Ausprägung wären bedenkenswert. So würde China mit seinen 1021 Mio. Einwohnern als grosser Käufer von Erdöl auf dem Weltmarkt in Erscheinung treten, dazu müsste es seine Wasserkraft so intensiv nutzen wie wir und darüber hinaus noch 785 Kernkraftwerke betreiben. Sollte das Reich der Mitte auch die schweizerische Ausrottungsethik gegenüber Wildtieren, die grösser und stärker als der Mensch sind, übernehmen, so wäre der Pandabär auf den WWF-Klebern an unseren Schülermappen letztlich am sichersten aufgehoben.

Soziokulturelle Aspekte

Die Altersstruktur der Bevölkerung mit einer Lebenserwartung wie der schweizerischen hat bei einer "Normalverteilung" einen Anteil an Personen im Pensionierungsalter von ca. 20%. Heute ist dieser Anteil 14% und zunehmend. Die schweizerische Bevölkerung ist also unteraltert. In der Tat wirkt sie aber rein visuell älter als in den 60er und 70er Jahren. Wir haben uns im Erscheinungsbild und vermutlich auch gesellschaftlich noch nicht an die längere Lebenszeit unserer Mitbürger gewöhnt. Das wird zweifellos eine der grösseren Herausforderungen für unser Sozialsystem sein. (Ich bin in diesem Bereich aber viel weniger kompetent als Herr Dr. Höpfinger.)

Hinsichtlich der Auswirkungen der Besiedlungsdichte möchte ich mich darauf beschränken, Ihnen einige Erkenntnisse und Ueberlegungen von Naturwissenschaftlern zu resümieren.

Prof. Hubert Markl, heute Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, kommt in seinem Buch "Evolution, Genetik und menschliches Verhalten" auf die gegenwärtig grosse **Biomasse** von 5 Milliarden Menschen zu sprechen, die zu einer Weltgesellschaft zusammenwachsen. Die genetische Evolution beim Menschen geht relativ langsam vor sich. Sie schreitet bei kleinen und kleinsten Lebewesen jedoch schneller fort, da die Generationen dort viel kürzer aufeinander folgen. Es ist nun möglich, dass die Natur auf der Ebene der kleinen und kleinsten Lebewesen "blind" danach sucht, die Biomasse anzuzapfen. Es ist aus der Evolutionsgeschichte bekannt, dass ein relativ "erfolgreicher" Zufallstreffer diese Eigenschaft auf seine Nachkommen überträgt. Die Möglichkeit besteht, dass ein solches neues Lebewesen

die menschliche Biomasse als Substanz für seine Lebensgrundlage und Vermehrung entdeckt. Im Gegensatz zu früheren Epochen steht unsere Gattung weltweit in recht engem Kontakt; der Isolationsfaktor - eine Ueberlebensstrategie für komplexe Lebenssysteme - ist nicht mehr ausgeprägt.

Das Phänomen des **Dichtestresses** ist noch sehr mangelhaft untersucht. Die Forschungen von Calhoun und Leyhausen an Tieren haben ergeben, dass die Normdichte bei zunehmender Belegung ansteigt. Es gibt eine Verschiebung von der relativen (d.h. zeitlich beschränkten) zur absoluten Hierarchie. Die Bereitschaft, der Wille oder sogar die Freude an der zeitweisen Unterordnung werden bei zunehmender Dichte durch Apathie und Aggression gegen sich selbst und andere ersetzt. Auch nimmt die Neigung zur Fortpflanzung ab. Dies sind Gesetzmässigkeiten, welche die Verhaltensforschung an Tieren festgestellt hat. Das Verhalten von Tieren ist durch das Stammhirn (das die vegetativen Prozesse steuert) und das Zwischenhirn (welches die Instinkte zum Tragen bringt) bestimmt. Diese beiden Gehirnteile existieren auch beim Menschen. Bei ihm ist jedoch noch das Grosshirn, das Zentrum des logischen Denkens, vorhanden, welches die Funktionen des Zwischenhirns - also der Instinkte - überlagert, aber nicht notwendigerweise ausschaltet. Die Uebertragung von Erkenntnissen aus der tierischen Verhaltensforschung muss also berücksichtigen, dass der Mensch auch ein Tier ist, aber **nicht nur** ein Tier. Instinkthafte Verhalten kann unter Umständen und bei gewissen Voraussetzungen durchschlagen bzw. dominieren. Wenn man sich dieser Einschränkung bewusst ist, dann kann die vergleichende Verhaltensforschung wertvolle Erkenntnisse für gesellschaftliche Prozesse liefern.

Eine vertiefte Betrachtung, auch im Hinblick auf die Fragen der Verteidigung, wäre das Phänomen wert, für welches der Schweizer Schriftsteller E.Y. Meyer den Begriff der **Entterritorialisierung** der Bevölkerung geprägt hat. Es findet seines Erachtens eine physische und in der Folge auch psychische Abkoppelung der Einwohner vom Territorium statt. Parallel dazu entwickelt sich ein stereotyper Lebensstil, der unabhängig vom Ort ist. Dies mag Auswirkungen auf die Einstellungen zur Landesverteidigung haben."

2.4. Einleitende Bemerkungen zur Diskussion der Referate

Prof. Dr. H.-J. Hoffmann-Nowotny leitete die Diskussion zur Arbeitstagung ein. Seine Überlegungen, die nachfolgend wiedergegeben sind, fassten einige der von den Referenten geäußerten Ansichten zusammen und gaben weitere Gedankenanstöße zur anschließenden Behandlung des Themas. Prof. Dr. H.-J. Hoffmann-Nowotny ist ordentlicher Professor für Soziologie an der Universität Zürich. Er ist Autor zahlreicher Publikationen zu soziologischen Fragestellungen; schwerpunktmässig befassen sich seine Arbeiten mit demographisch relevanten Themenkreisen wie der Problematik von Wanderungen, Assimilation und Integration.

"Meine Vorbemerkungen zur Diskussion beziehen sich auf die vorgetragenen Texte und sollen zum einen einige der darin enthaltenen Gedanken akzentuieren, zum anderen aber die Gewichte zum Teil etwas verschieben und schliesslich auch darüber hinausweisen. Ich gliedere meine Hinweise mit den Stichworten Geburtenrückgang, Ausländerpolitik, internationale und interkontinentale Migration, Alterung der Bevölkerung / Gleichstellung der Geschlechter und schliesse mit einer Zusammenfassung und einem Ausblick.

Geburtenrückgang

Für Organisationen verschiedenster Art, z.B. das Bildungssystem oder das Militär, ist eine stationäre Bevölkerung, bei der der Umfang der Alterskohorten gleich bleibt, optimal, weil dies die Planung erheblich vereinfacht und den Anpassungsdruck gering hält.

In vielen europäischen Ländern, darunter die Schweiz, hat es den Anschein, als habe sich die Rate der Gesamtfertbarkeit und auch die Zahl der jährlich geborenen Kinder auf niedrigem Niveau stabilisiert. Eine leichte Zunahme dieser Zahl ist allerdings zu erwarten, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre das Reproduktionsalter erreichen. Unter der wahrscheinlichen Annahme von mittelfristig nicht stark variierenden Alterskohorten hätte die Armee zwar einen zeitlich begrenzten Anpassungsdruck an geringere Auszüge durchzuführen, könnte danach aber wieder mit einer organisatorisch optimalen Situation rechnen.

Der von Herrn Rast genannte Fehlbestand (2004/05 - 44'000 Mann), erscheint mir angesichts der generellen Tendenz zu höherer Technisierung und Automatisie-

rung als nicht dramatisch. Andere Perspektiven eröffnen sich bei einer konsequenten Durchführung des Postulats einer Gleichbehandlung der Geschlechter sowie einer Revision der Ausländerpolitik.

Ausländerpolitik

Die Ausländerpolitik der Schweiz macht den Betroffenen klar, dass sie keine Einwanderer - und damit also keine potentiellen und zukünftigen Schweizer - sondern in erster Linie Arbeitskräfte sind, die man im Prinzip nach Bedarf kommen und gehen lassen kann.

Das Wort von Max Frisch: "Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kamen Menschen", wäre deshalb zu variieren: "Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Arbeitskräfte".

Angesichts der gegebenen Ausländerpolitik und der damit verbundenen andauernden Unsicherheit der Ausländer über ihren Status (auch die diesbezügliche Wirkung der Serie von "Ueberfremdungsinitiativen", auch wenn sie nicht erfolgreich waren, muss man nicht weiter beschreiben) ist es also nicht verwunderlich, dass nur eine relativ kleine Zahl der Arbeitsmigranten das Schweizer Bürgerrecht anstrebt. Dem stehen zudem die Art des Verfahrens, die z.T. prohibitiven Einkaufssummen sowie auch die Verweigerung des Doppelbürgerstatus entgegen, der jedem Schweizer zugestanden wird.

Angesichts der ethnisch-kulturellen Nähe der "alten" Einwanderer (Italiener, Deutsche, Spanier, Franzosen, Oesterreicher), angesichts deren hochgradiger Integration und Assimilation, die trotz des eben Gesagten ein in Europa nirgendwo anders erreichtes Mass aufweisen, sowie zusätzlich angesichts der bekannten Ueberkonformität der zweiten Generation von Einwanderern, steht also hier der Armee ein Potential zur Verfügung, das wegen des Fehlens einer Einwandererpolitik, die sich der Tatsache bewusst wäre, dass wir ein Einwanderungsland sind, nicht genutzt werden kann.

Welches Potential hier "verschenkt" wird, mag man ermessen, wenn ich daran erinnere, dass in den USA der demokratische Präsidentschaftskandidat und Gouverneur eines Bundesstaates (Michael Dukakis) Sohn griechischer Einwanderer ist, der demokratische Mehrheitsführer im Senat (George Mitchell) Sohn eines armenischen Einwanderers und einer libanesischen Mutter ist, der Stabschef von Präsi-

dent Bush (John Sununu, ein früherer Gouverneur) Sohn libanesischer Einwanderer ist, Henry Kissinger erst mit 14 Jahren in die USA kam und dort Aussenminister werden konnte, und schliesslich der als junger Mann in die USA ausgewanderte Schweizer Fred Iklé es zum Unterstaatssekretär in der amerikanischen Regierung brachte. Auch wenn die Schweiz nur bedingt mit einem "klassischen" Einwanderungsland zu vergleichen ist, so können diese Beispiele doch als Hinweis darauf dienen, dass eine Einwanderungspolitik, die auch die **politische** Integration der Einwanderer nicht nur ermöglicht, sondern auch fordert, aufs Ganze gesehen sicher positive Konsequenzen hat.

Die Prognose von Herrn Rast zum Integrationsverhalten fremdethnischer Einwanderer darf also nicht in Unabhängigkeit von der schweizerischen Ausländerpolitik (von Einwanderungs- und Einwanderpolitik kann man ja nicht sprechen) gesehen werden und ist auch dahingehend zu differenzieren, ob es sich um "alte" oder "neue" Einwanderer handelt. Man darf aber annehmen, dass eine bewusste Integrationspolitik auch die Distanz fremdethnischer Einwanderer zur Schweiz schneller verringern würde. Schliesslich spricht einiges dafür, dass auch der Dienst in der Armee einer schnelleren Integration und Assimilation von Einwanderern förderlich sein könnte. Man müsste dies nur einmal zu denken wagen und entsprechende Schlussfolgerungen daraus ziehen.

Die Schweiz wäre also auch unter sicherheitspolitischen Aspekten gut beraten, eine Einwanderungspolitik - die durchaus höchst selektiv sein könnte - zu formulieren, die klar machte, dass wer als Einwanderer zugelassen wird, als zukünftiger Schweizer gilt; und dazu müsste selbstverständlich auch eine entsprechende Einbürgerungspolitik gehören. Man könnte immerhin darüber nachdenken, ob für eine Uebergangszeit nicht die Niederlassung mit der Wehrpflicht gekoppelt wird. Aus den USA ist bekannt, dass seinerzeit junge Einwanderer - kaum hatten sie den Boden der USA betreten - sofort eingezogen wurden. Eine Reihe junger Deutscher fand sich einige Wochen nach der Auswanderung wieder in amerikanischer Uniform in Deutschland.

Internationale und interkontinentale Migration

Während die "alten" Einwanderer vornehmlich aus den weniger entwickelten Regionen Europas stammen, d.h. aus der Schweiz ethnisch-kulturell gleichen oder ähnlichen Bevölkerungen, steht die "neue" Einwanderung im Zeichen kontinentübergreifender Migration, mit allen Folgen für die ethnisch-kulturelle Di-

stanz der Migranten zur Einwanderungsgesellschaft. Dieser Sachverhalt macht es zur Abschätzung des Migrationspotentials notwendig, auf die Entwicklung der Weltbevölkerung (Bevölkerungsexplosion) auf der einen und die sich nicht nennenswert vermindernenden Wohlstandsdifferenzen auf der anderen Seite hinzuweisen.

Es scheint nicht übertrieben festzustellen, dass aufgrund dieser Konstellation eine neue Völkerwanderung bereits im Gang ist, ohne dass damit angsterzeugende Konnotationen verbunden werden sollen. Dass daraus interne wie externe sicherheitspolitische Probleme sowie zunehmend wohl auch aussenpolitische (Internationalisierung der Migrationspolitik) Probleme resultieren können, ist wahrscheinlich.

Alterung der Bevölkerung / Gleichstellung der Geschlechter

Angesichts der Tatsache, dass nicht nur das erreichte Lebensalter konstant zunimmt, sondern auch die Leistungsfähigkeit länger als früher erhalten bleibt, daneben aber auch die physische Leistung an Bedeutung verliert, steht weder einer Heraufsetzung der oberen Altersgrenze für den Dienst in der Armee noch einer Verlängerung der Gesamtdienstzeit prinzipiell etwas im Wege.

Im Zuge einer konsequenten Gleichstellung der Geschlechter ist - auch unabhängig von demographischen Erwägungen - der Einbezug von Frauen in die Wehrpflicht zu diskutieren.

Zusammenfassung und Ausblick

Von allen drei Referenten werden strukturelle und kulturelle gesamtgesellschaftliche Entwicklungen genannt, die m.E. unter sicherheitspolitischen Aspekten (im weiten Sinne des Wortes) wahrscheinlich gravierendere Auswirkungen haben werden, als dies für die Elemente der demographischen Entwicklung zutrifft. Deren Bedeutung ist zwar keineswegs als völlig vernachlässigbar anzusehen; die unmittelbar daraus entstehenden Probleme sind aber bei hinreichender Flexibilität auf der einen und den genannten politischen Schlussfolgerungen auf der anderen Seite unschwer zu bewältigen.

Mittelbar aber stützen die gegenwärtigen und absehbaren demographischen Prozesse die gesamtgesellschaftlich determinierte Tendenz zu einer Individualisie-

rung der Gesellschaft. Aufgrund dessen werden auf Gemeinschaft, Solidarität und bereitwillige Einordnung in Organisationen und Institutionen gerichtete Einstellungen und Verhaltensweisen weiter abnehmen. Dass damit die traditionellen militärischen Werte und vielleicht notwendigen Strukturen in einen zunehmenden Gegensatz zur gesamtgesellschaftlichen strukturellen und kulturellen Entwicklung geraten, erscheint mir als eines der wichtigsten sicherheitspolitischen Zukunftsprobleme. Damit fertig zu werden dürfte um ein Erhebliches schwieriger sein als die Bewältigung der rein demographischen Probleme.

Aehnliches mag schliesslich auch für das Problem der "neuen" internationalen Migration gelten. Dies ist ein Aspekt der dramatisch zunehmenden internationalen Verflechtung und Vernetzung, auf die Herr Weiersmüller hingewiesen hat. Die sicherheitspolitischen Aspekte (in einem sehr weiten Sinne dieses Wortes - ich fasse sie hin bis zur Ausbreitung von z.B. AIDS) dieser Entwicklung sind dem nationalen Zugriff nur noch höchst eingeschränkt zugänglich und weisen weit über Sachlagen hinaus, für die militärische Planung Lösungen vorbereiten könnte."

3. DEMOGRAPHIE UND SICHERHEITSPOLITIK: BERICHT UND AUSWERTUNG DER DISKUSSION

3.1. Die Tragweite der Thematik

An der Tagung vom 5. Dezember 1988 galt es, demographische Entwicklungen innerhalb der Schweiz im Hinblick auf ihre Implikationen für die nationale Sicherheitspolitik zu untersuchen. Dabei ist offenkundig, dass internationale Entwicklungen die nationale demographische Situation beeinflussen, indem sie insbesondere den Grad der Ein- und Auswanderung mitbestimmen. Die weltweiten demographischen Entwicklungen und ihre **Rückwirkungen auf die Schweiz** werden das Thema der **nachfolgenden Tagung (8. Juni 1989)** darstellen.

In den Wortmeldungen zur internen Entwicklung der Schweiz wurden zahlreiche Themenkreise angeschnitten, die sicherheitspolitisch von grossem Interesse sind: demographische Entwicklungen wirken sich beispielsweise auf Verteidigungspotential und -doktrin im Rahmen der Gesamtverteidigung aus. Umgekehrt sind es gesellschaftliche Faktoren, welche ihrerseits die Bevölkerungsentwicklung prägen: So führen neue Lebensbedingungen zu veränderten Verhaltensnormen, z.B. auch zu einer "Individualisierung" der einzelnen Subjekte; veränderte Werte bestimmen Heiratsverhalten und Familienstruktur (etwa die Zahl der Kinder). Im folgenden wird versucht, diesen komplexen Themenbereich zu strukturieren und die an der Tagung geäusserten Gedanken und Ansichten in einen übergeordneten Rahmen einzufügen.

3.2. Die "optimale Bevölkerungsgrösse"

Die Frage, welche Bevölkerungszahl für unser Land als wünschbar zu betrachten ist, stellt weitgehend eine Ermessensfrage dar. Je nach Optik sind unterschiedliche "Schwellenwerte" vertretbar.

Die nach Altersjahrgängen rekrutierenden Institutionen wie Schulen² und Armee sind auf einen bestimmten Bevölkerungsbestand angewiesen und müssen bei demographischen Veränderungen mit entsprechenden Schwankungen rechnen³.

² Vgl. z.B. Pillet, Poulet, Prod'homme et al. (1981); Walle (1980).

³ Vgl. Höpflinger, Geburtenentwicklung, These 8.

Auch das Gesundheitswesen und die Sozialversicherungen⁴ werden von demographischen Faktoren beeinflusst.

Dieser Tatsache stehen Ueberlegungen gegenüber, welche aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive und nicht-zeitgebunden formuliert werden: Insbesondere ist aus Kreisen aktiver Umweltschützer wiederholt die These formuliert worden, dass die Schweiz heute ökologisch gesehen das Optimum der Bevölkerungsgrösse bereits stark überschritten habe⁵. Das Wachstum einer Bevölkerung, welche zudem über einen hohen Wohlstand verfüge, verursache die krasseste Form der Umweltbelastung⁶.

Alt Bundesrat Friedrich vertrat die Ansicht, dass in der Schweiz aus politischer Sicht ein Bevölkerungsrückgang wünschbar wäre: Insbesondere verwies er auf Aspekte im Zusammenhang mit der Bodennutzung und der Umweltbelastung (z.B. durch Autos, Heizungen, Industrieanlagen und Agrarproduktion). Ver- und Entsorgung könnten, besonders bei Veränderung heutiger Weltmarktpreise, zu gravierenden Problemen führen.

Aus einer globalen Perspektive gesehen wäre es angesichts der bereits einsetzenden Bevölkerungsexplosion sicher wünschbar, die Bewohnerzahl der einzelnen Staaten zu verringern oder zumindest auf dem heutigen Niveau zu stabilisieren. Damit würden auch Probleme der globalen Ernährungssituation, des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastung reduziert. Die Frage nach der "optimalen Bevölkerungszahl" bewegt sich jedoch weitgehend in einem Spannungsfeld globaler und nationaler Interessen: Wo es aus globaler Perspektive gesehen sinnvoll wäre, die Zahl der Erdenbewohner mittelfristig zu reduzieren oder zumindest global zu stabilisieren, sehen sich nationale Institutionen oft mit Sachzwängen konfrontiert, die einen Geburtenrückgang als unerwünscht erscheinen lassen.

⁴ Zur AHV vgl. Bundesamt für Statistik (1988a), Petitpierre (1983). In diesem Zusammenhang ist auch Sperry (1987) interessant.

⁵ Vgl. z.B. die Schrift "Was hat Umweltschutz mit der AHV zu tun" der Vereinigung "ecopop" oder die bereits etwas ältere Publikation "Grundlagen für eine schweizerische Bevölkerungspolitik" (1981) derselben Organisation (damals noch: "Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Bevölkerungsfragen").

⁶ So wächst beispielsweise unsere Entsorgungslast kontinuierlich (vgl. Referat Botschafter Weiersmüller). Wie stark z.B. unsere Abfallproduktion ansteigt, zeigt Tschumi (1988, S. 5) auf: Das Pro-Kopf-Volumen der Siedlungsabfälle in der Schweiz hat von 150 kg pro Einwohner im Jahre 1960 auf 260 kg 1970, 360 kg 1980 und 1250 kg pro Einwohner im Jahre 1988 zugenommen.

Dem Zuwachs in Ländern der Dritten Welt steht ein unvergleichbar kleineres Wachstum z.B. in den hochentwickelten Ländern Europas gegenüber, was einen Teil der emotionalen Bewegungen der westlichen Welt erklärt, den eigenen Bevölkerungsrückgang zu bekämpfen. Demographische Probleme beschäftigen alle Industrieländer in einem ähnlichen Ausmass⁷. Der Geburtenrückgang wird nicht selten durch steuerliche oder andere Anreize zu mindern gesucht. Ihre Effektivität ist aber insofern limitiert, als gesellschaftlicher Wertwandel diesen Bestrebungen zum Teil diametral entgegengesetzt ist⁸. Die Fruchtbarkeitsrate liegt in Belgien, Dänemark, Deutschland, Luxemburg und Oesterreich sogar noch tiefer als in der Schweiz (1,53 anfangs der achtziger Jahre)⁹; Demographen sind sich uneinig darüber, ob die Fruchtbarkeit in Europa zukünftig wieder ansteigen wird oder nicht.

Demographische Untersuchungen im internationalen Vergleich zeichnen ein deutliches Bild: Gemäss Bevölkerungsprojektionen der Vereinten Nationen (mittlere Variante) aus dem Jahre 1986¹⁰ wird die Bevölkerung Europas¹¹ zwischen 1985 und 2025 geringfügig von 492 Mio. auf 524 Mio. anwachsen, während die Weltbevölkerung bis 2025 auf 8,2 Milliarden ansteigt; der Zuwachs in Ostasien (China und Japan) wird dabei als relativ gering eingeschätzt, derjenige in Südasien (vor allem Indien) und beispielsweise Afrika als massiv. Dies ist auf die unterschiedliche Altersstruktur der Bevölkerung und die damit verbundenen Wachstumspotentiale zurückzuführen¹². Betrug der Anteil der Europäer an der Weltbevölkerung im Jahre 1950 noch 15,6%, so sank er bis 1985 auf 10,2% ab und dürfte 2025 noch 6,4% betragen¹³.

Im Vergleich zwischen Entwicklungs- und Industrieländern zeigt sich folgende Relation: 1950 stellten die Entwicklungsländer einen Anteil von zwei Dritteln an

⁷ Vgl. z.B. den Artikel "Europe's Baby Bust" in Newsweek, Dezember 1986, welcher auf die unterschiedlichen Reaktionen westeuropäischer Industriestaaten auf den befürchteten Bevölkerungsrückgang eingeht.

⁸ Vgl. Höpflinger, Geburtenentwicklung, These 5, sowie Kap. 3.6.

⁹ Conseil de l'Europe (1987); Haug (1988), S. 197.

¹⁰ United Nations (1986); vgl. Haug (1988), S. 205.

¹¹ ohne Sowjetunion

¹² Sehr illustrierend dazu ist die Graphik 22 im Anhang, welche einen Vergleich der Alterspyramiden Afrikas und Europas im Jahre 1985 erlaubt.

¹³ Vgl. Haug (1988), S. 205. Die prognostizierten Anteile der Weltbevölkerung nach Regionen aufgeschlüsselt sind im Anhang (Graphiken 23 und 24) aufgeführt.

der Weltbevölkerung, 1985 waren es bereits drei Viertel; im Jahre 2025 werden es laut UNO-Prognose fünf Sechstel sein¹⁴. Damit wird offenkundig, dass die Industrieländer mit einer zusehends schwindenden demographischen Bedeutung gegenüber den Ländern der Dritten Welt konfrontiert sind.

In der Schweiz wurden seit 1984 vom Bundesamt für Statistik in Zusammenarbeit mit dem Perspektivstab der Bundesverwaltung verschiedene Szenarien für die interne Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahre 2025 veröffentlicht. Die Variante auf Basis einer "Stabilisierungspolitik" wurde vom Bundesrat im Juni 1987 als Hauptszenario (2A-86) bezeichnet; es liegt zwischen den Szenarien "Geschlossene Schweiz" und "Verstärkte Zuwanderung"¹⁵ und gründet insbesondere auf folgenden Annahmen¹⁶: Die Fruchtbarkeit in der Schweiz bleibt konstant auf dem niedrigen Niveau der achtziger Jahre (152 Kinder pro 100 Frauen); die Lebenserwartung bei Geburt steigt bis ins Jahr 2010 noch mässig an (Männer: 76,2; Frauen: 80,1 Jahre) und bleibt danach konstant; die auf dem Grundprinzip der Stabilisierung und Integration der ausländischen Wohnbevölkerung basierende Politik wird unverändert fortgesetzt.

Aufgrund dieses Hauptszenarios 2A-86 wird bis 2025 eine Zunahme der Bevölkerung in der Schweiz auf 6,881 Millionen erwartet¹⁷. Der prognostizierte Geburtenüberschuss von 15'000 im Jahre 1990 sinkt bis 2000 auf 2'200 ab und wird danach bis zum Jahre 2025 stark negativ (-22'400)¹⁸; ohne den anhaltenden positiven Geburtenüberschuss der ausländischen Wohnbevölkerung wäre der prognostizierte Geburtensaldo weit negativer (-26'700), wie Graphik 4 (S.38) zeigt.

Beim Hauptszenario "Stabilisierungspolitik" wird zwar die Gesamtzahl der Wohnbevölkerung langfristig auf einem etwa gleichbleibenden Niveau gehalten; dafür setzt sich der Trend zur gesellschaftlichen Alterung fort. Beim Szenario "Verstärkte Zuwanderung" dagegen könnte sich die Immigration von Ausländern verjüngend und entlastend auf die Altersstruktur der Wohnbevölkerung auswirken¹⁹.

¹⁴ Haug (1988), S. 207; United Nations (1986).

¹⁵ Haug, S. 203.

¹⁶ Vgl. Bundesamt für Statistik (1988b).

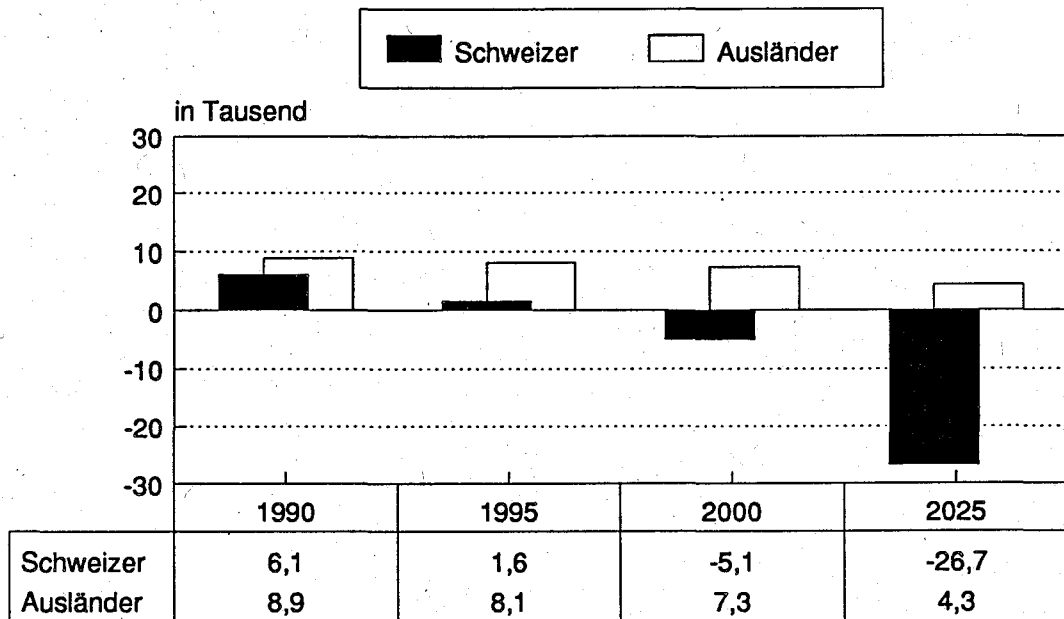
¹⁷ Vgl. Graphik 14 im Anhang.

¹⁸ Vgl. Graphik 16 im Anhang.

¹⁹ Haug (1988), S. 204; vgl. Höpflinger, Altersstruktur, These 2.

Allerdings wäre ab 2000 vermehrt mit Einwanderern aus kulturell stark andersartigen Ländern zu rechnen (Türkei, Asien, Afrika usw.)²⁰ - mit möglichen Rückwirkungen auf das innergesellschaftliche Spannungspotential²¹.

Graphik 4: Geburtenüberschuss 1990-2025
Hauptszenario 2A-86



Quelle: Statistisches Jahrbuch
der Schweiz 1989, S. 18

Die demographische Entwicklung wird jedoch von zahlreichen Faktoren bestimmt, zu denen auch die Wanderungsbilanz und unerwartet eintretende Ereignisse gehören. Während der Wanderungssaldo weitgehend von Entscheiden im Zusammenhang mit der Ausländerpolitik abhängt, entzieht sich der zweite Faktor meist menschlichem Einflussvermögen. Somit wird deutlich, wie ungewiss - durchaus notwendige - Prognosen über Zukunftsentwicklungen auch auf demographischer Ebene sind; eine Warnung, die sowohl von Dr. Höpflinger als auch von Divisionär Däniker im Laufe der Diskussion angebracht wurde²².

²⁰ Haug, 1988, S. 208. Die zunehmende technologische Entwicklung und die Tendenz zur Dienstleistungsgesellschaft in der Schweiz würde aber hauptsächlich die Aufnahme von qualifizierten Fachkräften erfordern.

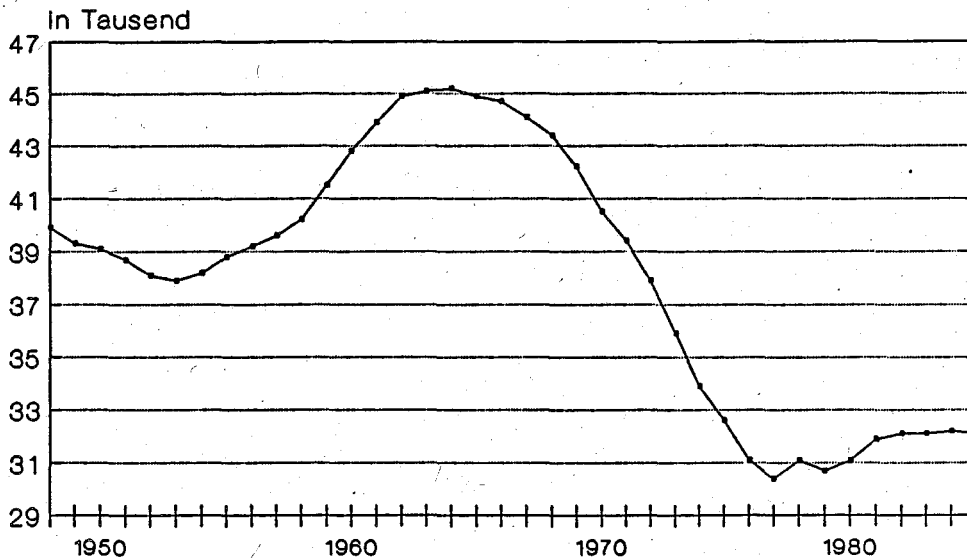
²¹ Vgl. Kap. 3.7 sowie die diesbezüglichen Ausführungen von Divisionär Rast.

²² Demographische Prognosen werden, laut Dr. Höpflinger, meist anhand von linearen Modellen berechnet; sie sind deshalb immer einigermassen gefährlich. Divisionär Däniker machte auf die Tatsache aufmerksam, dass Prognosen nicht mit einem Hang zum "Fatalismus" geglaubt werden dür-

3.3. Bestandesprobleme der Armee

Die schweizerische Milizarmee wird durch demographische Entwicklungen naturgemäss stark tangiert. Der Verlauf der männlichen Geburtenkurve in der Schweiz ist eindrucksvoll und vielsagend²³:

Graphik 5: Männliche Geburtenkurve (nur Schweizer Bürger) 1948-1985



Quelle: Straubhaar (1988), S. 45
(Stat. Jahrbuch der Schweiz 86/87)

fen, sondern dass es viele Möglichkeiten gibt, wie die prognostizierten Entwicklungen ganz andere Verläufe annehmen könnten. Erinnert sei beispielsweise an die - nicht wünschbare - Möglichkeit eines "all out nuclear war", welche Diskussionen über demographische Entwicklungen in dieser Form hinfällig werden liesse und uns mit ganz anderen Problemen konfrontieren würde. Auch Divisionär Rast führte in seinem Referat aus, dass langfristige Planung stark durch Unsicherheit geprägt ist. Zur Unsicherheit demographischer Prognosen vgl. auch Hauser (1981).

²³ Die Graphik wurde dem Artikel von Straubhaar (1988) entnommen. Der Autor zeigt die bestehenden Bestandesprobleme der Armee auf und präsentiert verschiedene Lösungsvorschläge.

Aus den Ausführungen von Divisionär Rast ging hervor, dass die Schweizer Armee laut den bestehenden demographischen Prognosen in den kommenden Jahrzehnten tatsächlich mit grösseren Bestandesproblemen konfrontiert sein wird. Allerdings ist es seiner Ansicht nach möglich, sie durch organisatorische Massnahmen (wie z.B. eine Erhöhung des Auszugsalters) zu bewältigen. Mit ähnlichen Problemen sind auch die anderen westlichen Industriestaaten konfrontiert; ebenso der Warschauer Pakt, wie Divisionär Bachofner in der Diskussion festhielt.

Der Gedanke der Substitution von "Quantität" durch "Qualität" wurde von mehreren Tagungsteilnehmern vorgebracht²⁴. Dr. Carrel begrüsst es, dass die Armee sich in jenen Bereichen auf Ausrüstung, Kampfführung etc. konzentrierte, wo demographische Veränderungen kompensiert werden müssten. Der Auftrag der Armee lasse sich auch bei kleinerem Personalbestand durchführen. Divisionär Däniker wies auf die von Divisionär Rast erwähnte These hin, dass zukünftig in der Schweiz vermehrt mit Formen indirekter Konfliktführung und Sabotage in einer strategischen Grössenordnung gerechnet werden müsse. Nicht Feuerkraft allein sei deshalb entscheidend: angesichts solcher Herausforderungen sei eine kleine Armee mit grosser Feuerkraft nicht ausreichend.

Zur Frage, wie der zu erwartende personelle Mangel kompensiert werden könnte, gibt es verschiedene Thesen²⁵. Professor Hoffmann-Nowotny wies auf die Möglichkeit hin, das Potential der Einwanderer für militärische Dienste zu nutzen. Seinen Ausführungen gemäss haben beispielsweise die USA sehr gute Erfahrungen mit dieser Strategie gemacht. Allerdings ist in der Schweiz der durch Einführung solcher Massnahmen zu erwartende Gewinn relativ gering²⁶.

Im weiteren wäre es denkbar, die Effektivbestände durch Ausweitung der dienstpflchtigen Bevölkerung zu erhöhen oder die Tauglichkeitsquote zu heben²⁷.

²⁴ In diesem Zusammenhang ist die Meinung von James (1986) interessant: Die Autorin vertritt hier allerdings in bezug auf die britische Armee - die Ansicht, dass neuere Waffensysteme kompliziertere Bedienung erfordern und damit eine Reduktion von Armeeingehörigen letztlich nicht praktikabel ist. Ihre prägnante Formel lautet: "no substitute for manpower".

²⁵ Vgl. dazu die ausführlichen Angaben im Referat von Divisionär Rast.

²⁶ Siehe Straubhaar (1988), S. 47. Vgl. auch das Referat von Divisionär Rast.

²⁷ Vgl. neben den Erläuterungen von Divisionär Rast insbesondere auch Straubhaar (1988), S. 48: Der Autor ist der Ansicht, dass ein differenzierter (funktionsabhängiger) Grad der Diensttauglichkeit die Bestandesverluste in begrenztem Rahmen verringern würde (ca. 500 zusätzliche Wehrmänner pro Jahr). Zudem seien bestimmte soldatische Tätigkeiten mit der militärtechnologischen Entwicklung von der vorwiegend physischen Ebene auf technische und elektronische Steuerungs-

Die Frage des obligatorischen Frauendienstes, von Prof. Hoffmann-Nowotny angeschnitten, wurde an der Tagung kaum mehr diskutiert. Der obligatorische Frauendienst stellt wohl einen politisch sehr schwierig zu realisierenden Vorschlag dar²⁸. Letztlich ist es allerdings kaum plausibel zu begründen, warum die weibliche Bevölkerung, die einen zunehmenden Anteil an den Erwerbstätigen stellt, nicht auch in die Landesverteidigung integriert werden sollte (der Militärische Frauendienst stellt zwar ein Substitut für diese Idee dar, doch hat er stets noch mit Legitimitäts- und Akzeptanzproblemen zu kämpfen).

Die Stärke eines Heeres anhand der Zahl der Soldaten zu messen - wie dies über Jahrtausende geschah - stellt im ausgehenden 20. Jahrhundert wohl teilweise einen Anachronismus dar: War diese Ueberlegung noch im letzten Jahrhundert weitgehend gerechtfertigt, so sind in unserer Zeit wohl neben der Zahl der Soldaten ebenso die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Waffen und weitere Faktoren (wie Reserven, Mobilität, Infrastruktur, Belastbarkeit der Gesamtbevölkerung, des politischen Systems, der Wirtschaft und der Umwelt) ausschlaggebend.

Es kann nicht das Ziel eines neutralen Kleinstaates sein, über alle neuesten Erfindungen der modernen Waffentechnologie zu verfügen. Dennoch ist es natürlich sinnvoll, eine Maximierung der Leistungsfähigkeit bei möglichst geringem Ressourceneinsatz anzustreben²⁹.

3.4. Problem der Altersstruktur und der gesellschaftlichen "Ueberalterung"

Die "Alterspyramiden", welche eine visuelle Repräsentation der altersmässigen Bevölkerungsstruktur erlauben, zeigen für die Schweiz heute im Vergleich zum Beginn unseres Jahrhunderts eine deutliche Tendenz zur demographischen Alterung, wie Graphik 6 zeigt³⁰.

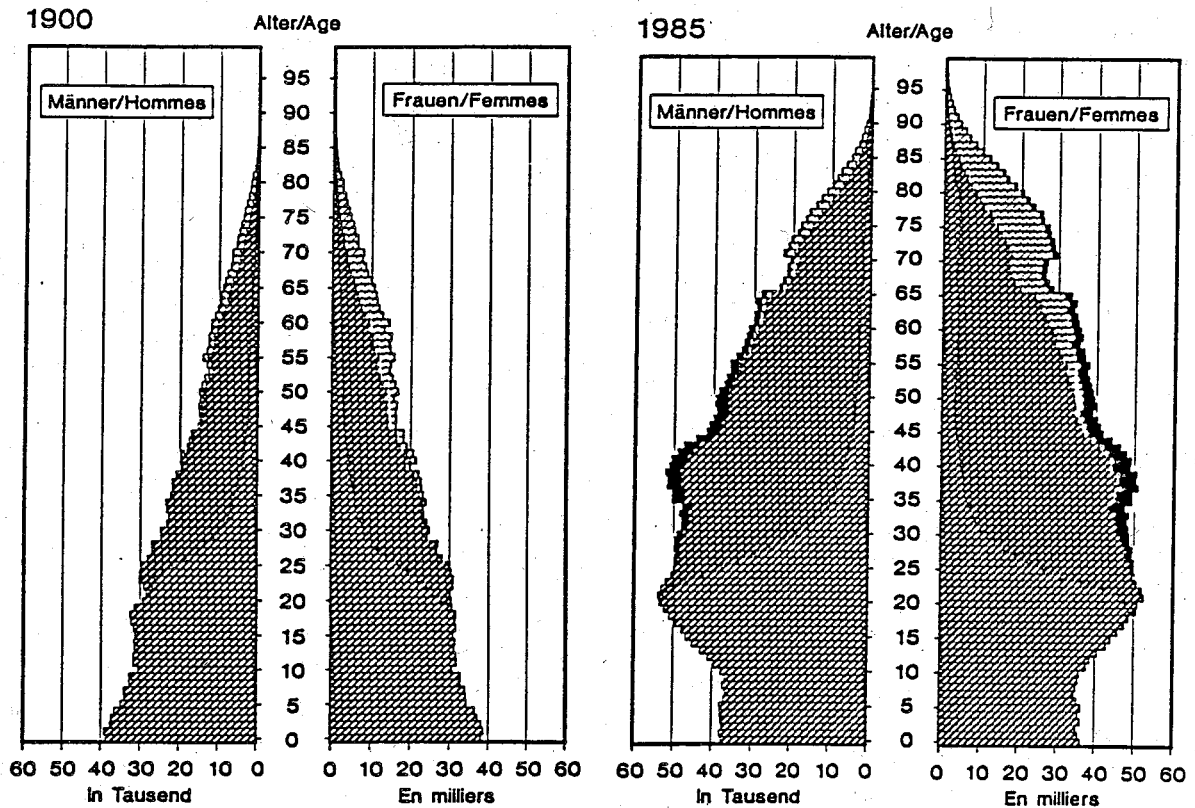
und Kontrollmechanismen verlagert worden, die eine geringere physische Leistungsfähigkeit erfordern.

²⁸ Vgl. Straubhaar (1988), S. 47.

²⁹ Straubhaar (1988) diskutiert in seiner fundierten Untersuchung verschiedene Möglichkeiten zur Hebung der individuellen Kampfkraft: Intensivierter Einsatz von Fähigkeitskapital (z.B. durch vermehrten Einbezug zivilen Know-hows), Ersatz des Soldaten durch technische Leistungen und Neuorganisation der Heeresstruktur.

³⁰ Zur Problematik der gesellschaftlichen "Ueberalterung" vgl. z.B. Blanc (1983). Wie sich die demographische Alterung zukünftig gestalten könnte, zeigen die Graphiken 18 und 19 im Anhang. Zu den wirtschaftlichen Folgen demographischer Alterung vgl. z.B. Bourgeois (1983), Faucon (1983), Graf (1981) und Maillat (1981). Bourgeois weist z.B. auf die durch gesellschaftliche Alterung bedingte

Graphik 6: Altersstruktur der Wohnbevölkerung 1900 und 1985



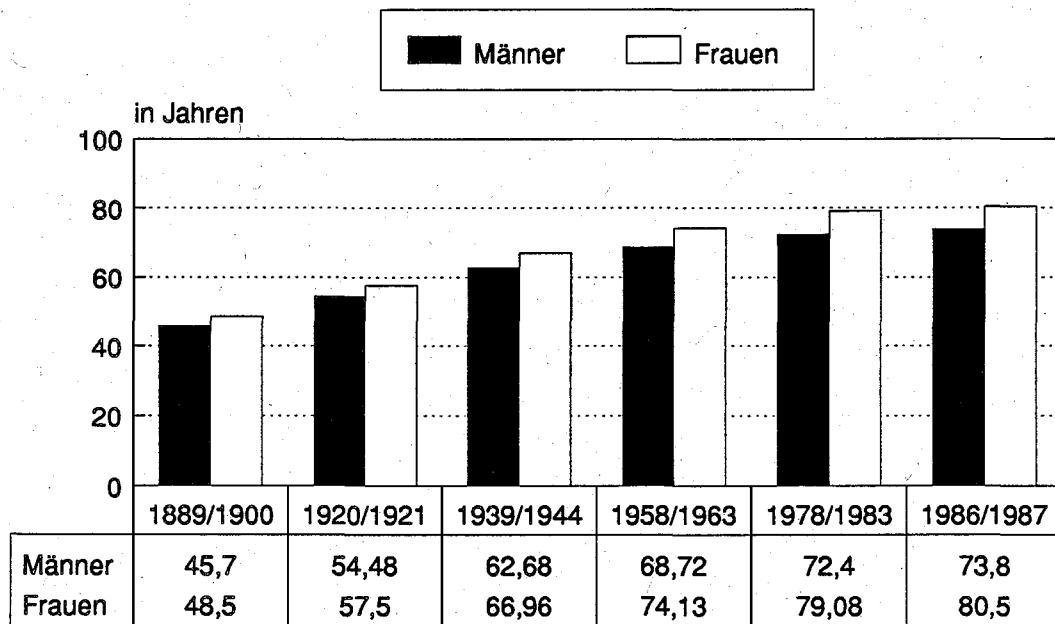
Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1989, S. 15

Während die vorindustrielle Gesellschaft durch hohe Geburtenraten und hohe Sterbeziffern gekennzeichnet war, weist die moderne Gesellschaft geringe Gebur-

Verlagerung im Bereich der Konsumgüternachfrage hin. Ein Unternehmer muss deshalb die neuartigen demographischen Entwicklungen im Hinblick auf Produktsortiment, Dienstleistungen und Publizität in seine Marketing-Strategie integrieren.

ten- und Sterberaten auf³¹. In der Schweiz ging in den vergangenen rund 30 Jahren die Fruchtbarkeitsrate³² zurück, während sich die Lebenserwartung allgemein erhöhte³³, wie Graphik 7 zeigt:

Graphik 7: Mittlere Lebenserwartung bei Geburt 1889-1987



Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1989, S. 32

Damit wird deutlich, dass der Anteil der Rentner an der Gesamtbevölkerung stets grösser wird und dieser Trend voraussichtlich auch in der Zukunft anhält.

³¹ Höpflinger (1986), S. 54. Zur Entwicklung der Geburten und Sterbefälle in der Schweiz von 1970-1987 vgl. Anhang, Graphik 15 (die Zahl der Sterbefälle blieb relativ konstant, während diejenige der Geburten sich insbesondere im Laufe der 70er Jahre verringerte).

³² Anzahl Kinder pro Frau. Vgl. Graphik 1 (Höpflinger).

³³ "Zwischen 1970 und 1985 ist die Lebenserwartung in der Schweiz bei den Männern von 70,3 auf 73,4 Jahre und bei den Frauen von 76,2 auf 80,1 Jahre angestiegen. Im internationalen Vergleich weist die Schweiz zusammen mit Japan und Schweden die höchsten Werte auf. Bis ins Jahr 2010 rechnet das Bundesamt für Statistik mit einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung bei den Männern auf 76,2 und bei den Frauen auf 82,0 Jahre." Schweizerische Bundeskanzlei (1988), S. 49. Auch die Säuglingssterblichkeit hat sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verringert (Graphik 17 im Anhang).

In der heutigen Zeit sind die geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegsgeneration im reproduktionsfähigen Alter, so dass mittelfristig trotz niedriger Fruchtbarkeitsrate mit einer relativ hohen Geburtenzahl gerechnet werden kann. Kommen aber die geburtenschwachen Jahrgänge der vergangenen beiden Jahrzehnte in diesen Lebensabschnitt, so ist absolut gesehen mit einer geringeren Geburtenhäufigkeit zu rechnen; ein Phänomen, das die westlichen Industriestaaten ungefähr gleichermassen tangiert. Dies generiert in einer Uebergangsphase Probleme z.B. für die Finanzierung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV)³⁴.

Institutionen der gesellschaftlichen Vorsorge sind bei einem Bevölkerungswachstum im allgemeinen relativ gut gestellt, weil sich die Rate der Erwerbstätigen gegenüber derjenigen der Rentner im Zeitablauf erhöht. Im Hinblick auf organisatorische Aspekte sind allerdings stagnierende Bevölkerungsgrösse und stabile Altersstruktur optimal³⁵.

Die Prognosen zum Anteil der Rentner in den ersten Jahrzehnten des kommenden Jahrhunderts wurden ebenfalls von Dr. Höpflinger aufgezeigt (Graphik 2). Die Rentner der 30er und 40er Jahre des kommenden Jahrhunderts - die heute Zwanzig- bis Vierzigjährigen - werden ceteris paribus zahlreich sein und einer vergleichsweise kleinen Anzahl von Menschen im erwerbsfähigen Alter gegenüberstehen³⁶. Damit steigt auch die "Belastungsquote" (vgl. Graphik 3, Höpflinger)³⁷, die je nach prognostizierter Fruchtbarkeit und Annahmen über die Höhe der Ein- und Auswanderung variiert. Gemäss dem Szenario "geschlossene Schweiz" (2B-86), in der die Bevölkerungsentwicklung lediglich durch "interne" Faktoren wie Sterblichkeit und Fruchtbarkeit bestimmt wird, würde die Belastungsquote im Jahre 2025

³⁴ Vgl. die ausführliche Studie des Bundesamts für Statistik (1988a).

³⁵ Vgl. die diesbezüglichen Ueberlegungen von Prof. Hoffmann-Nowotny.

³⁶ In diesem Zusammenhang muss auf Wirkungen des Wertwandels und gesellschaftlicher Strukturveränderungen hingewiesen werden: so ist es z.B. der steigende Anteil erwerbstätiger Frauen, soweit die heutige Tendenz auch in der Zukunft anhält, welcher das Verhältnis der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung im Zeitablauf prozentual erhöht und damit ein relatives Gegengewicht zum Phänomen des "Rentnerüberhangs" darstellt. Von noch grösserem Gewicht aber sind die Effekte, die sich durch Ein- und Auswanderung ergeben.

³⁷ Vgl. auch Graphik 18 im Anhang, welche den Anteil der unter 15-jährigen und der über 64-jährigen an der Gesamtbevölkerung für das Jahr 2025 in den drei Zukunftsszenarien wiedergibt. Das Bundesamt für Statistik veröffentlicht seit 1984 (in Zusammenarbeit mit dem Perspektivstab der Bundesverwaltung) solche Bevölkerungsszenarien für die Schweiz, welche die Entwicklungen bis 2025 berücksichtigen; vgl. Haug (1988), S. 193.

von heute 20,7 auf 42,6% ansteigen. Die Schweiz wäre damit unter allen OECD-Staaten das Land mit der stärksten "Ueberalterung"³⁸. Die Tendenz zur gesellschaftlichen Alterung ist allerdings in allen hochentwickelten Ländern in analoger Weise zu beobachten; Dr. Höpfinger bezeichnet sie als "natürliche" Folge eines demographischen Wechsels von wachsender zu stabiler oder abnehmender Bevölkerung³⁹.

Dr. Höpfinger vertrat allerdings die Ansicht, dass biologisches und "sozio-psychologisches" Alter zu unterscheiden seien: ältere Leute blieben heute im allgemeinen länger "jung"⁴⁰, so dass die Bezeichnung "Ueberalterung" letztlich irreführend sei⁴¹.

3.5. Bevölkerungsgrösse und Bevölkerungsdichte in der Schweiz

In der Schweiz von 1900 lebten noch 3,3 Millionen Menschen. 1930 waren es 4 Millionen, 1960 5,44²; anfangs 1989 betrug die ständige Wohnbevölkerung 6,6177

³⁸ Haug (1988), S. 199/200. Allerdings wird in dieser Untersuchung sowie in derjenigen der Vereinten Nationen (1986) die Migrationskomponente nicht berücksichtigt (S. 201).

³⁹ Höpfinger, Altersstruktur, These 2. Zum Thema "Ueberalterung" werden in der "Zukunftsforschung" 1/1989, S. 22, Angaben aus dem "Population bulletin" vom September 1988 aufgeführt. Sie geben eine Uebersicht über 18 Länder, welche voraussichtlich im Jahre 2025 mehr als eine Million 80jähriger und älterer Bewohner haben werden. An der Spitze sind China (25,208 Mio), Indien (16,435 Mio), USA (14,348 Mio), Sowjetunion (9,966 Mio), Japan (5,632 Mio), Brasilien (3,672 Mio), Indonesien (3,324 Mio), BRD (2,855 Mio), Italien (2,485 Mio), Grossbritannien (2,211 Mio) und Frankreich (2,111 Mio).

⁴⁰ Vgl. auch das Referat von Professor Hoffmann-Nowotny: die Leistungsfähigkeit bleibe länger erhalten als früher. Interessant sind in diesem Zusammenhang die zunehmenden "Interessenorganisationen" älterer Bevölkerungsgruppen, z.B. die "Grauen Panther"; gesellschaftlich sicher wünschenswert sind auch die Aktivitäten der "Altersuniversität", in der Schweiz besonders in der Romandie vertreten (Université du 3e âge).

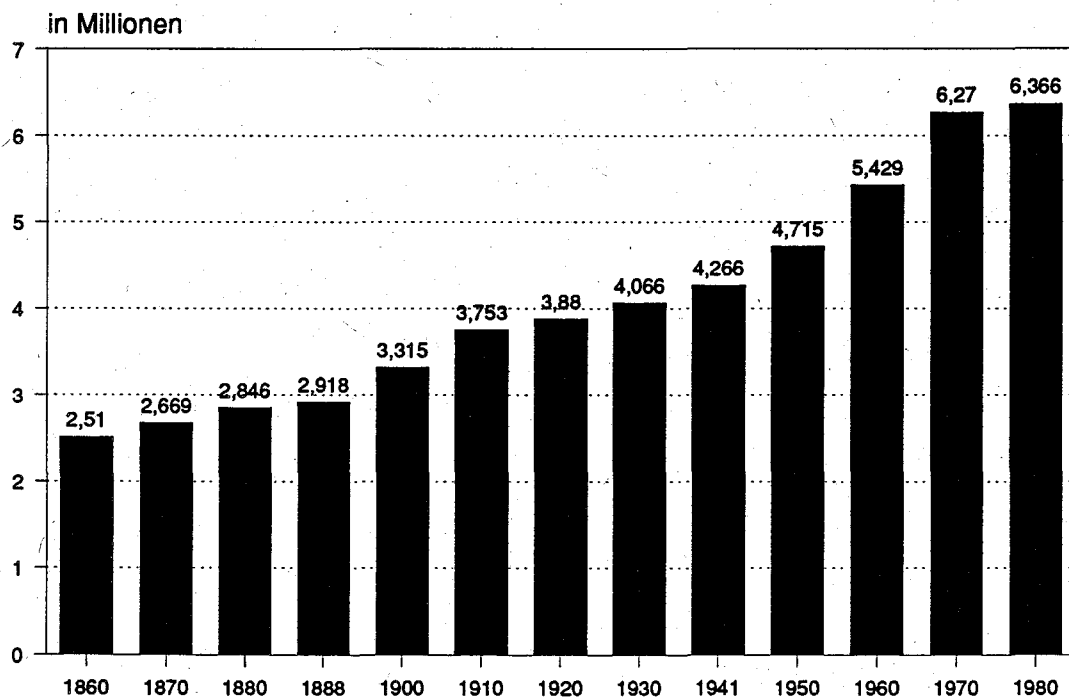
⁴¹ Vgl. Höpfinger, Altersstruktur, These 4. Eine Aussage, der auch Professor Hoffmann-Nowotny in der Diskussion beipflichtete. Dagegen steht z.B. die Ansicht von Krummenacher (1986), S. 13/14: er hält fest, dass ältere Leute ein intensiviertes Sicherheitsbedürfnis entwickeln und gesellschaftliche "Ueberalterung" damit einer Tendenz zur übermässigen staatlichen Regulierung und Kontrolle Vorschub leisten könnte.

⁴² Gemessen wird hier die "ständige Wohnbevölkerung". Sie umfasst die in der Schweiz wohnhafte Bevölkerung ohne Saisoniers, Asylbewerber, Kurzaufenthalter und Grenzgänger (Bundesamt für Statistik, 1988b, S. 13).

Millionen⁴³. Diese Zahlen illustrieren den grossen Bevölkerungszuwachs im vergangenen Jahrhundert (Graphik 8)⁴⁴.

Das "Zusammengepferchtsein" auf beschränktem Raum wurde somit stets ausgeprägter. Durch die Zunahme an privaten Verkehrsmitteln (insbesondere Autos⁴⁵) dürfte sich das Gefühl der Dichte für den Bürger auf der Strasse, insbesondere in den Städten, erst recht verstärkt haben. Die Bevölkerungsdichte ist denn auch in städtischen Gebieten weit höher als auf dem Land: Sie betrug 1985 813 im Vergleich zu 70 Personen pro Quadratkilometer; für die Schweiz insgesamt lag sie auf dem relativ hohen Niveau von 157⁴⁶.

Graphik 8: Wohnbevölkerung 1860-1980



Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1989, S. 14

43 NZZ 18.2.89

44 Dabei ist festzustellen, dass sich die Verteilung der Wohnbevölkerung auf Frauen und Männer im Zeitablauf gleichmässig entwickelt hat, wobei der Anteil der Frauen stets etwas höher als derjenige der Männer lag (vgl. Anhang, Graphik 13).

45 Der Bericht Legislaturplanung 1987-1991 (Schweizerische Bundeskanzlei, 1988), S. 69 führt dazu aus: "Noch 1960 verkehrten 914 000 Motorfahrzeuge auf Schweizer Strassen. Danach erhöhte sich der Motorfahrzeugbestand jährlich im Durchschnitt um sechs Prozent und erreichte 1982 die 3-Millionen-Grenze. Seither hat sich der jährliche Zuwachs auf knapp drei Prozent abgeschwächt. Unter den 3,4 Millionen Motorfahrzeugen, welche im vergangenen Jahr registriert waren, befanden sich 2,7 Millionen Personenwagen."

46 Bundesamt für Statistik (1988b), S. 20.

In dicht besiedelten Gebieten besteht die Gefahr, dass sich verschiedene gesellschaftlich unerwünschte Phänomene einstellen⁴⁷. So ist einerseits mit erhöhter Umweltbelastung zu rechnen⁴⁸ (vgl. Kap. 3.1); andererseits kann übermässige Bevölkerungsdichte sozialpsychologische Phänomene wie Aggression⁴⁹ oder Apathie und Vereinsamung verursachen⁵⁰. Das Problem des "**Dichtestresses**" ist bisher allerdings wissenschaftlich noch wenig untersucht worden⁵¹. Kriminalität und Drogenkonsum sowie Suizidfälle scheinen in dicht besiedelten - städtischen - Gebieten häufiger vorzukommen als in kleineren Gemeinschaften.

Alt Bundesrat Friedrich vertrat in der Diskussion die Ansicht, dass zunehmende Bevölkerungsdichte den **Regelungsbedarf** erhöht (vom Strassenverkehr bis zum Skifahren); eine immer grösser werdende Regelungsdichte aber erzeuge wiederum ein Protestpotential und gesellschaftliche Spannungen.

Nicht nur die absolute Zahl einer Bevölkerung bestimmt deren "Dichte", sondern auch die entsprechende geographische Verteilung. In der Schweiz zeigte sich wie in anderen Staaten das Phänomen der "Landflucht", das sich in einer Tendenz zur Abwanderung aus ländlichen Gebieten in städtische Regionen manifestiert⁵².

47 Zu einer naturwissenschaftlich orientierten Analyse des Phänomens vgl. z.B. Vester (1975).

48 Insbesondere aus diesen Gründen setzt sich die Vereinigung "Umwelt und Bevölkerung" (ecopop) für eine Reduktion der Bevölkerung in der Schweiz ein. Das Problem ist natürlich insbesondere auch in der Dritten Welt akut.

49 Dieser Zusammenhang ist allerdings nicht eindeutig geklärt. Selbst auf der zwischenstaatlichen Ebene nicht, wie z.B. Choucri (1986), S. 24 ausführt: "The links between population and conflict are complex. While demographic factors are often instrumental in leading to conflict within and between states, the link is not a simple one - more people, more conflict." Höpflinger merkt in seinem Referat "Bevölkerungszunahme und Stress" (1988) an, dass Experimente z.B. mit Ratten gezeigt haben, wie Uebervölkerung zu Stresserscheinungen und Aggressivität führt. Auf menschlicher Ebene wurde aber zu diesem Thema bisher lediglich zu Einzelaspekten geforscht (z.B. familiensoziologische Studien zum Zusammenhang von Wohnverhältnissen und Kindsmisshandlungen, Gewalt gegen Frauen oder Scheidungen). Der Autor ist ebenfalls der Ansicht, dass die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen von hoher Bevölkerungsdichte noch relativ unerforscht sind: "Der Zusammenhang zwischen Besiedlungsdichte und sozialen Konflikten ist jedenfalls nicht eindeutig. Ebensowenig eindeutig ist der Zusammenhang zwischen psycho-sozialen Störungen - wie Alkoholismus, Selbstmorde - und der Besiedlungsdichte. Es scheint jedoch der Fall zu sein, dass das Stadtleben häufiger als 'hektisch' und stressreich erlebt wird." So sind in den Städten auch psychosomatische Beschwerden häufiger, was mit höheren Belastungen wie Verkehrsemissionen und Arbeitsstress zusammenhängen könnte.

50 Vgl. Höpflinger (1988), S. 1: "Paradoxerweise beklagen sich auch mehr Stadtbewohner über Isolation und Einsamkeit. Hohe Bevölkerungsdichte führt häufig zu Anonymität und damit auch zu zwischenmenschlicher Gleichgültigkeit."

51 vgl. Fussnote 49 und Referat Weiersmüller.

52 Zum Stand der Siedlungsstruktur und der räumlichen Konzentration vgl. z.B. Muggli/Baumgartner (1987).

So fand in den vergangenen Jahrzehnten eine zunehmende Verdichtung im Mittelland statt⁵³. Die Tendenz zur Bildung von "Agglomerationen" ist gegeben. Binnenwanderung bedingt auch beispielsweise, dass die militärische Personalplanung überprüft, inwiefern das Einteilungsmuster eines Kantons noch mit den aktuellen Gegebenheiten übereinstimmt, wie Korpskommandant Zumstein in der Diskussion festhielt.

Allerdings ist festzustellen, dass der Trend zur Binnenwanderung in der Schweiz insofern gering gehalten werden konnte, als der Anreiz zur "Landflucht" nicht zuletzt durch die vergleichsweise günstigen Rahmenbedingungen für die Agrarwirtschaft auf einem niedrigen Niveau blieb. So gelang es der Schweiz im Gegensatz zu anderen Ländern, eine grossflächige Entvölkerung der Berggebiete zu verhindern⁵⁴.

Zudem konnte in jüngster Zeit eine der "Landflucht" entgegenlaufende Tendenz konstatiert werden: In der Schweiz erfuhren ländliche Regionen einen vergleichsweise grösseren Zuwachs als städtische, wie Graphik 9 (S. 49) zeigt.

So wuchs die ständige Wohnbevölkerung im Jahre 1987 in ländlichen Regionen um 1,1 Prozent an, während diejenige in städtischen Gebieten sich um lediglich 0,3 Prozent vergrösserte; dieser Trend konnte schon seit Einführung der Eidgenössischen Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP) - im Jahre 1981 - beobachtet werden⁵⁵.

Die Gründe für die vermehrte Ansiedlung in ländlichen Gebieten dürften wohl mit eben jenen Phänomenen zusammenhängen, welche durch hohe Bevölkerungsdichte verursacht werden⁵⁶. Denn die Effekte der modernen Wohlstandsgesellschaft, in der einerseits eine übermässige Belastung der Umwelt stattfindet - etwa durch Lärm und Abgase -, und sich andererseits zusehends gesellschaftlicher Wertwandel manifestiert, fördern eine Tendenz zur "Abwanderung" in ländliche

53 Höpflinger, Binnenwanderung, These 1.

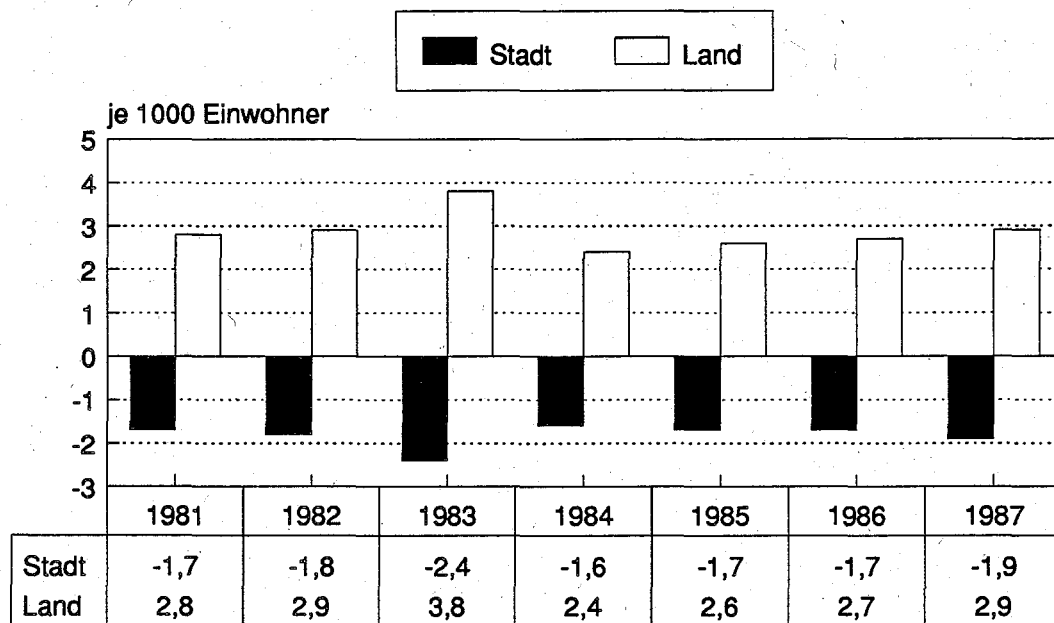
54 Höpflinger, Binnenwanderung, These 2.

55 Werte des Bundesamts für Statistik; vgl. NZZ 10.1.89.

56 Vorausgesetzt, der Lebensstandard ist so hoch und die Arbeitsmarktlage so günstig, dass die Niederlassung in ländlichem Gebiet keine massgebenden Nachteile bedingt.

Gebiete. Hohe Miet- und Bodenpreise in städtischen Gebieten verstärken das Phänomen⁵⁷.

Graphik 9: Binnenwanderungssaldo der ständigen Wohnbevölkerung 1981-1987



Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1989, S. 37

Die zunehmende räumliche Mobilität innerhalb der Schweiz kann indessen zu einer mangelnden "Verwurzelung" führen; fehlende Identifizierung der Bevölkerung mit ihren Wohngemeinden hat Folgen für das kommunale Milizsystem - z.B. im Bereich des Zivilschutzes⁵⁸. Auch kann damit die "Verunsicherung" wachsen: Herr Bartlomé vertrat die Ansicht, dass sich diffuse Gefühle der Unsicherheit stets mehr verbreiten⁵⁹; werde Sicherheit mit Stabilität gleichgesetzt, nehme also auch die Stabilität ab.

⁵⁷ Besonders für kinderreiche Familien sind städtische Wohnungen oft unerschwinglich; zudem besteht in ländlichen Gebieten allgemein häufig ein kleineres Gefahrenpotential für Kinder.

⁵⁸ vgl. Höpfinger, Binnenwanderung, These 4.

⁵⁹ Eine Aussage, die Dr. Höpfinger mit dem Hinweis auf jüngste UNIVOX-Analysen bekräftigte.

Nicht zuletzt aus militärischen Gründen ist eine dichte Besiedlung problematisch. Es geht damit wichtiger Raum für Verteidigungsübungen verloren, und auch die Kriegführung wird erschwert: Argumente, welche alt Bundesrat Friedrich in die Diskussion einbrachte. Hohe Bevölkerungszahlen können zudem die wirtschaftliche Landesversorgung in Krisenzeiten erschweren: Einerseits, weil in absoluten Zahlen mehr Menschen ernährt werden müssen und andererseits, weil bei dichter Besiedlung viel landwirtschaftlich nutzbarer Raum verlorengelht⁶⁰.

3.6. Wertwandel

Im geschichtlichen Ablauf können sich gesellschaftliche Werte und Normen ändern⁶¹. Gesellschaftlicher Wertwandel kann auch eine entscheidende Bestimmungsgrösse für die demographische Entwicklung eines Landes sein.

So ist beispielsweise das Konzept der Kleinfamilie im Bewusstsein der Schweizer Bevölkerung schon seit langem verankert, und es ist nicht zu erwarten, dass in der nahen Zukunft wieder eine Rückkehr zu höheren Kinderzahlen stattfinden wird⁶². Wirtschaftliche Gründe dürften mitverantwortlich für den Wunsch nach weniger Nachwuchs sein, z.B. die nicht mehr vorhandene Notwendigkeit - seit Einführung von AHV und Pensionskassen - sich durch Kinder eine "Altersvorsorge" zu sichern. Ähnlich wird die demographische Entwicklung auch durch das Heiratsverhalten geprägt, das seinerseits durch gesellschaftliche Werte mitbestimmt wird⁶³. Oekonomische und politische Faktoren, etwa der Anteil erwerbstätiger Frauen an der Gesamtbevölkerung oder die staatliche Gewährleistung finanzieller

60 Die wirtschaftliche Landesversorgung wird durch neue Entwicklungen wie die zunehmende Tendenz zur Technisierung in der Agrarproduktion und entsprechende grössere Auslandabhängigkeit ohnehin erschwert.

61 Eine ausführliche Analyse neuer, "postindustrialistischer" Werthaltungen in der Schweiz findet sich in Buri (1988).

62 Höpflinger, Geburtenentwicklung, These 3. Selbst gezielte politische Massnahmen zur Erhöhung der Geburten haben kaum eine eindeutige Wirkung. Das Geburtenverhalten in hochentwickelten Gesellschaften entzieht sich weitgehend direkter politischer Steuerung (Geburtenentwicklung, These 5).

63 Zu Familienbildung und Kinderwunsch in der Schweiz vgl. Höpflinger (1981) oder Hoffmann-Nowotny/Höpflinger et al. (1984).

Anreize für höhere Kinderzahlen⁶⁴, können die Geburtenrate ebenfalls beeinflussen.

Die 50er und frühen 60er Jahre dieses Jahrhunderts waren auch in der Schweiz von einer Phase des "Baby-Booms" gekennzeichnet; danach setzte - wie in den übrigen westeuropäischen Industriestaaten - ein Rückgang der Geburtenhäufigkeit ein. Im Gegensatz zu gängigen Erwartungen nahm auch in den südlichen Staaten Europas im vergangenen Jahrzehnt die Geburtenhäufigkeit ab⁶⁵. Dies führte gelegentlich zu Befürchtungen, die Europäer würden sich längerfristig selbst "ausmerzen"⁶⁶.

Wertwandel prägt Heiratsverhalten und Kinderwunsch entscheidend mit. Er hat aber auch Folgen in anderen Bereichen: So nehmen im Zuge der gesamtgesellschaftlichen "Individualisierung" Einstellungen und Verhaltensweisen ab, die auf Gemeinschaft, Solidarität und bereitwillige Einordnung in Organisationen und Institutionen gerichtet sind⁶⁷; damit geraten auch die traditionellen militärischen Werte und Strukturen zunehmend in einen Gegensatz zu gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen - so Professor Hoffmann-Nowotny in seinem Einleitungsreferat.

Auch Divisionär Bachofner vertrat die Ansicht, dass der Abbau des Nationalstaates und der Wertwandel jene Probleme darstellen, welchen zukünftig vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Während sich organisatorische Korrekturen vergleichsweise einfach bewerkstelligen liessen, seien Probleme im Zusammenhang mit dem Wertwandel schwieriger in den Griff zu bekommen. Herr

⁶⁴ Vgl. z.B. das Modell "Frankreich", in dem u.a. durch steuerliche Vorteile erhöhte Kinderzahlen erreicht werden sollen. Schweden gewährt neben Arbeitsplatzgarantien ausserordentlich hohe Urlaubsdauern (ein Jahr für einen Elternteil, 10 Tage für den Gatten unmittelbar nach der Geburt). Schweden soll mit dieser Politik bereits einigermaßen Erfolg erzielt haben: Die Fruchtbarkeitsrate fiel nie unter 1,6 und betrug im Jahre 1987 bereits wieder 1,84 (Tribune de Genève, 2.3.89). Dieser Annahme steht z.B. die entsprechende These Höpflingers gegenüber (vgl. Fussnote 62; Geburtenentwicklung, These 5).

⁶⁵ Um eine mittelfristig stagnierende Bevölkerungsgrösse zu gewährleisten, ist eine Fruchtbarkeitsrate von 2,1 nötig; in Italien betrug sie 1975 noch 2,21, 1980 1,68 und sank schliesslich bis 1987 auf 1,28 ab. In Spanien betrug sie 1975 noch 2,8, 1980 2,2 und 1987 1,52. Auch in Portugal lag sie 1987 nur noch bei 1,6 (Tribune de Genève, 2.3.89). Vgl. auch Kap. 3.2: Die Geburtenrate in anderen europäischen Ländern lag oft sogar tiefer als diejenige in der Schweiz.

⁶⁶ Auch für die Schweiz wurden entsprechende von Pessimismus geprägte Szenarien entwickelt, welche für das Jahr 2150 lediglich noch 1,5 Millionen Einwohner schweizerischer Nationalität erwarten lassen (Tribune de Genève, 2.3.89). Vgl. die fundiertere Analyse der Kommission "Bevölkerungspolitik" (1985).

⁶⁷ Vgl. zu dieser Thematik auch Haltiner (1985).

Bartlomé griff diese Thematik ebenfalls auf: Nicht nur quantitative Aspekte im Zusammenhang mit demographischen Entwicklungen seien zu beachten, sondern auch qualitative, zum Beispiel Veränderungen in den Wertstrukturen.

In der Diskussion wies Professor Fritsch auf die Tatsache hin, dass die Veränderungsgeschwindigkeit der Lebensverhältnisse heute grösser ist als die Veränderungsgeschwindigkeit des Zusammenhangwissens. Der Bedarf an Wissen über Zusammenhänge nehme somit fortlaufend zu.

Demographische Entwicklungen in Wechselwirkung mit Phänomenen des Wertwandels könnten Gründe für die beobachtete Entwicklung darstellen, dass die innere Verbundenheit von Zivilbevölkerung und Armee heute weit weniger ausgeprägt ist, als dies beispielsweise während des Zweiten Weltkriegs und in der unmittelbaren Nachkriegszeit der Fall war⁶⁸. Die Frage stellt sich, wie die militärische Organisation diese modernen Probleme am besten lösen kann. Möglichkeiten, die Attraktivität der Armee zu erhöhen, müssen geprüft und diskutiert werden, wie Dr. Carrel anmerkte.

In diesen Zusammenhang gehört die These von Dr. Höpfinger⁶⁹, dass stets mehr junge Leute zumindest zeitweise im Ausland leben (die temporäre Auswanderung wird damit wichtiger als die permanente) und dabei zusehends eine europäische - oder wohl auch internationale - Ausrichtung aufweisen: ein Prozess, der sich auf ihre sicherheitspolitischen Perspektiven auswirken kann⁷⁰. Vermutlich wird sich diese Tendenz angesichts der zu erwartenden höheren Mobilität innerhalb Europas von Arbeitskräften, Studenten, Forschern, usw. zukünftig noch erhöhen. Es ist - in überspitzter Formulierung - also durchaus möglich, dass eine supranationale, europäische Form der Sicherheit in Folge der modernen Entwicklungen langfristig höheren emotionalen Zuspruch finden könnte als die "rein nationale" Perspektive. Im Zuge solcher Prozesse wird auch der "nationale Konsens" (z.B. in wehrpolitischen Fragen) potentiell beeinträchtigt.

68 Ein zusätzliches Moment könnte die relativ lange dauernde Friedenszeit sein, welche angesichts eines mangelnden "Bedrohungsempfindens" die Tendenz zum emotionalen "Schulterschluss" in der Bevölkerung verringert.

69 Höpfinger, Aus- und Einwanderung, These 2.

70 Vgl. die Ausführungen von Divisionär Rast.

3.7. Ausländerpolitik und Asylgesetzgebung

Obwohl Aspekte im Zusammenhang mit internationaler Demographie die Thematik der kommenden Tagung vom 8. Juni 1989 darstellen sollen, werden hier bereits einige Thesen zum Thema Ausländerpolitik und Asylgesetzgebung wiedergegeben. Herr Arbenz führte aus, dass die Zahl der Flüchtlinge und der Asylbewerber in den vergangenen Jahren stark angestiegen ist; die Kontrolle dieser Entwicklung sei schwierig. Der demographische Druck bleibe weiterhin sehr intensiv⁷¹. Der Flüchtlingsdelegierte illustrierte dies anhand von Zahlen: Während 1985 noch 8'000 Flüchtlinge in der Schweiz um Asyl nachsuchten, sind es 1988 wahrscheinlich 16'000; schon für 1989 rechne er mit 18'000 bis 25'000 Asylbewerbern.

Die Schweiz besitze keine eigentliche **Einwanderungspolitik**, führte Herr Arbenz weiter aus, obwohl sie ein klassisches Einwanderungsland ist. Die Thematik sei allein schon deshalb sicherheitspolitisch relevant, weil sie einer gesellschaftspolitischen Destabilisierung Vorschub leisten könnte⁷². Der Migrationsdruck wird voraussichtlich in den nächsten Jahrzehnten noch weiter zunehmen. Es stellt sich die Frage, wie wir dieses Problem bewältigen können und wie die Einwanderer besser integriert werden könnten⁷³; denn nicht-integrationswillige Gruppen stellen potentiell ein Sicherheitsrisiko dar, wie Herr Arbenz festhielt. Professor Fritsch wies in diesem Zusammenhang auf die Tatsache hin, dass die internationale räumliche

⁷¹ Bezüglich unkontrollierter Einwanderung gebe es bereits heute Koordinationsmassnahmen mit Nachbarstaaten. Professor Hoffmann-Nowotny bestätigte in der Diskussion, dass eine Kontrolle der Einwanderung - z.B. aus der Dritten Welt - nicht vollumfänglich möglich ist. Er wies auf die Tatsache hin, dass auch in den 50er und 60er Jahren eine weitgehend unkontrollierte Einwanderung in die Schweiz stattgefunden habe.

⁷² Vgl. die diesbezüglichen Ausführungen von Divisionär Rast. Professor Hoffmann-Nowotny vertrat in der Diskussion die Ansicht, dass ein Konzept der "selektiven Migration" sinnvoll sein könnte; damit wird die Zahl zukünftiger Einwanderer klein gehalten, aber diese sollen stärker integriert werden als dies heute der Fall ist (bei integrationswilligen Menschen sei Integration auch möglich). Auch Divisionär Bachofner äusserte in der Diskussion die Ansicht, dass die selektive Migration eine Möglichkeit für die Zukunft darstellen könnte. Professor Fritsch alterierte diese These etwas, indem er ebenfalls eine selektive Einwanderungspolitik befürwortete, bei der das Selektionskriterium aber an die Intelligenz gebunden wird. In bezug auf die Thematik der gesellschaftlichen Destabilisierung wies Korpskommandant Zumstein auf die Problematik der Migration aus dem islamischen Raum hin, welche die westlichen Sicherheitsstrukturen gefährden könnte.

⁷³ Zur Problematik der Integration von Einwanderern in der Schweiz vgl. z.B. Cremonte (1985) und Ruiz (1985).

Mobilität heute sehr gross ist⁷⁴. Aktuelle demographische Verschiebungen könnten erst die "Spitze des Eisbergs" zukünftiger Wanderungsbewegungen darstellen.

Alt Bundesrat Honegger vertrat die Ansicht, dass die Freizügigkeit in der EG zu Ueberlegungen anregen sollte, wie eine zukünftige Ausländerpolitik in der Schweiz konzipiert werden könnte⁷⁵. Professor Gabriel betonte den "supranationalen Problemlösungsbedarf" in diesem Bereich und trat für "europäische Lösungen" in der Einwanderungsproblematik ein - eine Ueberlegung, die auch Professor Spillmann unterstützte.

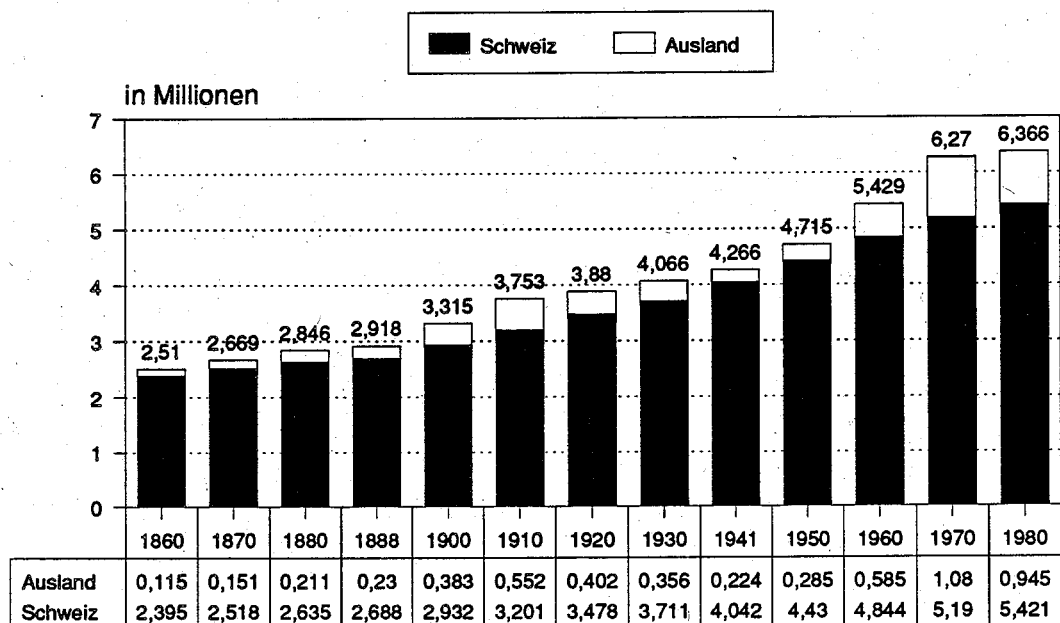
Von hoher Relevanz für die Gestaltung der zukünftigen Ausländer- oder Einwanderungspolitik in der Schweiz dürften somit die Harmonisierungsbestrebungen im europäischen Raum sein. Das EG-Binnenmarktprogramm vom Juni 1985 sieht u.a. eine **Vereinheitlichung der nationalen Asyl- und Visumpolitiken** vor. Geht man von der Annahme aus, dass auch die Schweiz zur Verhinderung unerwünschter Diskriminierungseffekte an den Grenzübergängen eine Lockerung der bestehenden Personenkontrollen anstreben könnte - was angesichts der geplanten Aufhebung von Grenzposten innerhalb der EG und antizipierten stärkeren Kontrollen an den EG-Aussengrenzen erst recht an Gewicht gewinnt -, so wird deutlich, dass eine abweichende Asyl- und Visumpolitik der Schweiz letztlich einen erhöhten Aufwand an innerstaatlicher Kontrolle bedingen würde (da die Kontrolle an den Grenzübergängen zur EG reduziert oder aufgehoben wäre). Die Frage stellt sich, inwieweit deshalb eine verstärkte Zusammenarbeit z.B. mit den Sicherheits- und Polizeibehörden der EG-Staaten anzustreben wäre. Es ist möglich, dass mittelfristig nur "Abstimmung" mit den europäischen Nachbarn und "supranationale Lösungen" in diesem Bereich effektiv sind.

⁷⁴ Rund eine Milliarde Menschen reist heute jährlich mit dem Flugzeug. Im internationalen Luftverkehr beträgt der Preis für einen Personenkilometer zum APEX-Tarif heute 10 Rappen, was wesentlich weniger ist als der entsprechende Preis für das Auto (50 Rappen).

⁷⁵ Vgl. zu diesem Aspekt auch den fundierten Artikel von Karl Aeschbach in der SMUV-Zeitung vom 15.2.89. So führt der Autor aus: "In der Ausländerpolitik verlangt die Verwirklichung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der EG 1992 auch Anpassungen von der Schweiz. Selbst wenn unser Land noch auf einige Zeit ausserhalb der EG bleiben dürfte, wird es doch die stossendsten Widersprüche wie das Saisonierstatut grundlegend überprüfen müssen. Gleichzeitig werden sich die Tendenzen verstärken, die Angehörigen der EG- und EFTA-Länder, die heute schon 80 Prozent aller Ausländer in der Schweiz ausmachen, zu bevorzugen und die Einwanderung aus weiter entfernten Ländern noch mehr zu erschweren. Für eine solche Entwicklung spricht auch die Notwendigkeit, die Rekrutierung neuer ausländischer Arbeitskräfte immer stärker auf qualifizierte Arbeitnehmer auszurichten, welche zur Erhaltung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft beitragen".

Der Anteil der Ausländer an der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz ist heute vergleichsweise hoch; er betrug Ende 1988 15,3 Prozent⁷⁶. In absoluten Zahlen war er insbesondere in den letzten zwei Jahrzehnten gross, wie Graphik 10 zeigt:

Graphik 10: Wohnbevölkerung 1860-1980 nach Heimat



Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1989, S. 14

Doch im geschichtlichen Ablauf hat sich der prozentuale Anteil an der Gesamtbevölkerung innerhalb dieses Jahrhunderts nicht massgebend verändert. Die Entwicklung scheint vielmehr eine Wellenförmigkeit aufzuzeigen, wie Graphik 11 (S. 56) demonstriert.

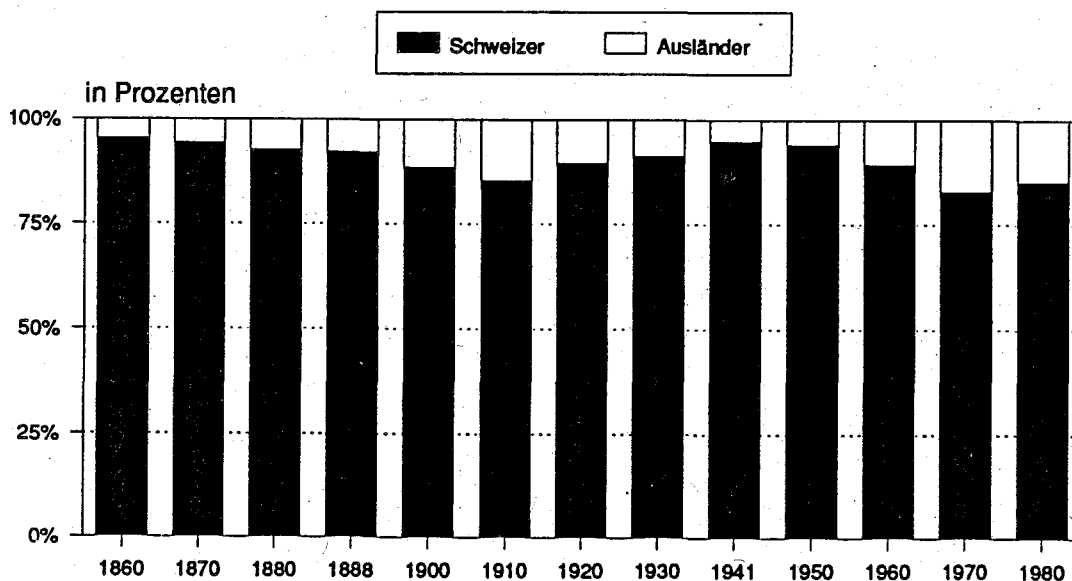
Die ausländische Wohnbevölkerung in der Schweiz ist zu einem sehr hohen Grade aus Angehörigen heutiger EG-Staaten zusammengesetzt: 1987 betrug der Anteil 71,8%⁷⁷. Umgekehrt ist auch ein hoher Prozentsatz der im Ausland

⁷⁶ Nämlich 1'006'530 Personen; vgl. NZZ 28.1.89.

⁷⁷ Vgl. Graphik 20 im Anhang. Auch im Bereich des Bürgerrechtswechsels lässt sich eine ähnliche Verteilung feststellen; vgl. Anhang, Graphik 21.

niedergelassenen Schweizer in der EG wohnhaft: von insgesamt 402'785 waren es 1986 220'660 oder 54,8%⁷⁸.

Graphik 11: Anteile von Schweizern und Ausländern an der Wohnbevölkerung 1860-1980



Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1989, S. 14

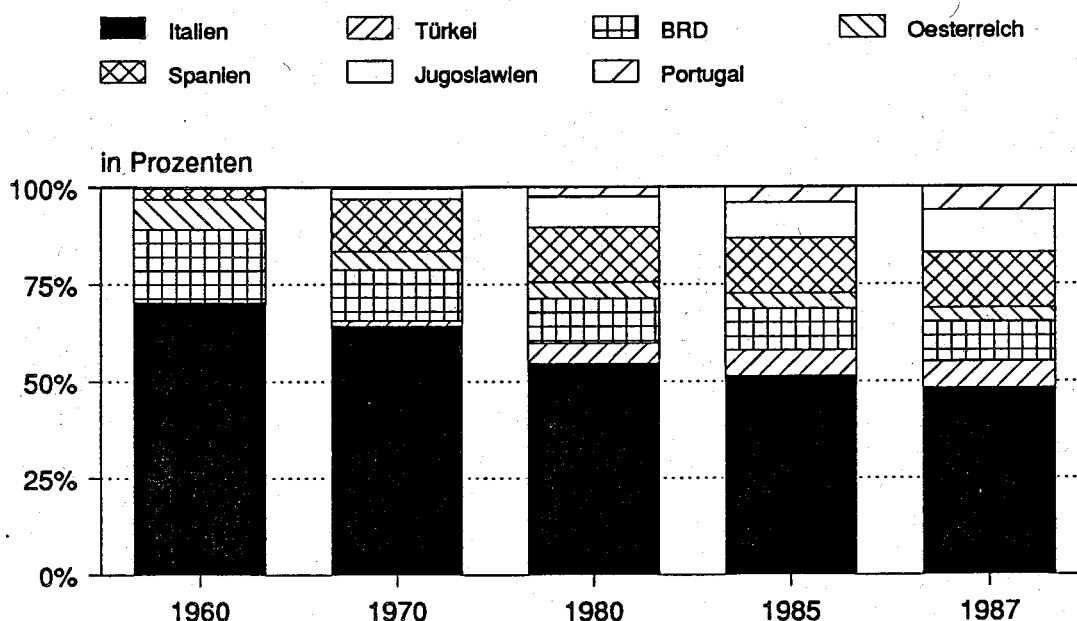
Es ist möglich, dass sich die Zahl europäischer Arbeitskräfte in der Schweiz mit Vollendung des Binnenmarktprogramms ohnehin reduzieren wird: Sollten die südlichen Regionen (z.B. Italien, Spanien und Portugal) die Auswirkungen eines vereinheitlichten grossen Marktes in absehbarer Zeit auch wirtschaftlich erfahren, würde der Anreiz zur Arbeitsaufnahme in der Schweiz kleiner⁷⁹. Es lässt sich bereits heute feststellen, dass der Anteil italienischer Arbeitskräfte in der Schweiz in

⁷⁸ Vgl. Bundesamt für Statistik (1988b), S. 40.

⁷⁹ Im Zuge des Binnenmarktprogramms, in dem auch mit härterem Wettbewerb zu rechnen sein wird, ist es durchaus denkbar, dass das hohe Lohnniveau in der heutigen Schweiz aus Konkurrenzgründen nicht beibehalten werden kann, soll eine Abwanderung von schweizerischen Unternehmungen (und Arbeitsplätzen) in EG-Länder mit vergleichsweise geringeren Lohnkosten verhindert werden. Mit sinkendem Lohnniveau in der Schweiz würde wiederum der Anreiz für ausländische Arbeitskräfte, in der Schweiz um Arbeit nachzusuchen, reduziert.

den letzten Jahren tendenziell zurückgegangen ist, während z.B. derjenige der Nicht-EG-Länder Türkei und Jugoslawien leicht anstieg, wie Graphik 12 zeigt⁸⁰:

Graphik 12: Ständige ausländische Wohnbevölkerung nach Nationalität (1987)



Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1989, S. 39

Zudem könnte es sich für potentielle Einwanderer aus aussereuropäischen Regionen zukünftig als attraktiver erweisen, sich im EG-Raum statt in der Schweiz um Immigration zu bemühen, wo ihnen a priori eine höhere geographische Mobilität zugesichert ist.

Die Schweiz sieht sich heute einerseits mit einem hohen Ansturm von Asylsuchenden konfrontiert, der u.a. zurückgeht auf weltwirtschaftliche Ungleichgewichte, zwischenstaatliche Konflikte und politische Repression. Andererseits leidet sie aber in verschiedenen Sektoren an einem akuten Fachkräftemangel, z.B. im

⁸⁰ Eine entgegengesetzte Tendenz zeigte sich bei Portugal, das allerdings erst 1986 EG-Mitglied wurde.

Bereich der Informatik und des Ingenieurwesens, der sich mit dem zunehmenden Tempo des internationalen technologischen Fortschritts aus Wettbewerbsgründen zukünftig noch verschärfen könnte.

Die Schweiz ist wohl darauf angewiesen, in enger Zusammenarbeit mit EG-Staaten Forschungs- und Entwicklungsprojekte durchzuführen, Experten auszutauschen und Schweizer im EG-Raum ausbilden zu lassen⁸¹. Vermehrte Freizügigkeit in verschiedenen Gebieten könnte für die Schweiz somit durchaus erstrebenswert, wenn nicht gar notwendig werden.

Es ist offenkundig, dass sich die Prognosen über die zukünftige Wohnbevölkerung relativieren, sollte sich die Schweiz der EG mittel- oder langfristig anschließen; damit würde die volle Freizügigkeit für Schweizer im EG-Raum gelten, sowohl für abhängig Beschäftigte als auch für Selbständigerwerbende (Ärzte, Juristen, Anwälte, usw.), und die entsprechende Regelung wäre ebenfalls vollumfänglich in der Schweiz in Kraft. Dieser Gedanke zeigt, wie stark demographische Entwicklungen letztlich von politischen Entscheiden mitbeeinflusst werden.

⁸¹ Man denke etwa an die bestehenden Bemühungen zu intensiviertem europäischem Austausch von Hochschulprofessoren, Forschern und Studenten, z.B. innerhalb des Programms ERASMUS. Allerdings haben auch schweizerische Bildungsinstitutionen oft eine sehr gute Reputation, welche ihrerseits ausländische Studenten anziehen kann.

4. ZUSAMMENFASSUNG

Die sicherheitspolitische Arbeitstagung vom 5. Dezember 1988 verdeutlichte, wie vielfältig und interdependent die Probleme sind, welche im Zusammenhang mit nationalen demographischen Entwicklungen stehen; sie reichen von der Organisation der Armee bis zur Gestaltung der Asylpolitik.

Demographische Faktoren wirken sich in verschiedener Hinsicht auf sicherheitspolitische Fragen aus. Einerseits beeinflussen sie die Organisation der militärischen Landesverteidigung (Bestandesprobleme in den Bereichen der Gesamtverteidigung, Schwierigkeiten der Kampfführung in dicht besiedeltem Gebiet, usw.). Andererseits ist bei einer hohen Bevölkerungszahl beispielsweise mit übermässiger Umweltbelastung, "Dichtestress" und einem gesteigerten gesellschaftlichen Spannungspotential zu rechnen.

An der Tagung wurde offenkundig, dass demographische Entwicklungen - insbesondere der prognostizierte Bevölkerungsrückgang⁸² - Probleme für verschiedene gesellschaftliche Institutionen (Armee, Schulen, AHV, usw.) implizieren. Es zeichnete sich aber ein Konsens dahingehend ab, dass diese schwierig, jedoch durch organisatorische Massnahmen und Flexibilität lösbar sind. Mit mehr Besorgnis wurden dagegen Entwicklungen registriert, die sich mit dem Begriff "Wertwandel" umschreiben lassen: Die sich verringernde Bereitschaft, sich einzugliedern, unterzuordnen und Solidarität im nationalen Rahmen zu bekunden, verursacht z.B. für die Armee Schwierigkeiten, die schwerer wiegen dürften als rein demographische Aspekte (sie könnten aber nicht zuletzt durch demographische Entwicklungen induziert oder verstärkt worden sein).

Die schweizerische Bevölkerungsentwicklung wird neben Faktoren wie sinkender Geburtenrate und höherer Lebenserwartung stark von politischen Entscheiden geprägt: Von zentraler Bedeutung ist in dieser Hinsicht die Höhe der Einwanderung, die wiederum von der heutigen und zukünftigen Gestaltung der Ausländerpolitik abhängt. Umgekehrt sind es europäische und internationale Entwicklungen, welche die Intensität der Auswanderung einerseits, die Höhe der Asylgesuche andererseits bestimmen.

⁸² Falls er nicht durch eine entsprechende Modifizierung der Ausländerpolitik oder wieder steigende Fruchtbarkeitsraten verhindert wird.

Die ETH-Arbeitstagung konnte deutlich aufzeigen, in welchem Ausmass Demographie mit anderen Aspekten der gesellschaftlichen und sicherheitspolitischen Entwicklung verflochten ist. Die Gegenüberstellung von Vertretern aus Militär, Verwaltung, Politik und Wissenschaft erlaubte es, die Thematik **interdisziplinär** und **in verschiedensten Facetten** zu behandeln. Referate und Diskussion konnten wertvolle Beiträge zu einer Thematik leisten, die ohne Zweifel in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen wird.

5. BIBLIOGRAPHIE

- Blanc, Olivier (1983): Le vieillissement - constat démographique. In: Revue Economique et Sociale, 41, 4, p. 175-182.
- Bourgeois, J.-L. (1983): Les conséquences du vieillissement démographique sur l'économie - Effets sur la consommation et nouvelle approche marketing. In: Revue Economique et Sociale, 41, 4, p. 204-218.
- Bundesamt für Statistik (1988a): Der Einfluss der demographischen Entwicklung auf die Finanzierung der AHV (Demographiebericht AHV). Bern.
- Bundesamt für Statistik (1988b): Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1989. Zürich: NZZ.
- Bundesamt für Statistik (1988c): Bevölkerungsbewegung in der Schweiz 1986. Bern.
- Buri, Christof (1988): "Postindustrialistische" Werthaltungen und Einstellungen zur Aussenpolitik. Ergebnisse einer UNIVOX-Umfrage. Zürich: Forschungsstelle für Politische Wissenschaft.
- Choucri, Nazli (1986): Demographics and Conflict. In: Bulletin of the Atomic Scientists, April.
- Conseil de l'Europe (1987): Evolution démographique récente dans les Etats membres du Conseil de l'Europe. Strasbourg.
- Cremonte, Rainer (1985): Intégration et identité culturelle - problème des étrangers de la deuxième génération. In: Berufsberatung und Berufsbildung, 70, 4, S. 178-181.
- Demographiebericht AHV (1988): siehe Bundesamt für Statistik
- Ecopop, Vereinigung "Umwelt und Bevölkerung" (1988): Was hat Umweltschutz mit der AHV zu tun? Ecopop: Zollikofen.
- Faucon, Michel (1983): L'organisation de l'entreprise face au vieillissement. In: Revue Economique et Sociale, 41, 4, p. 219-228.
- Goetschin, Pierre (1983): Les mutations démographiques: un problème majeur pour l'avenir. In: Revue Economique et Sociale, 41, 4, p. 229-235.
- Graf, Hans G. (1981): Wirtschaftliche Folgen langsamen Bevölkerungswachstums: Der Fall Schweiz. In: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 117, 3, S. 363-374.

- Haltiner, Karl W. (1985): Milizarmee. Bürgerleitbild oder angeschlagenes Ideal? Eine soziologische Untersuchung über die Auswirkungen des Wertwandels auf das Verhältnis Gesellschaft-Armee in der Schweiz. Frauenfeld: Huber.
- Haug, Werner (1988): Ausblick auf die Zukunft der schweizerischen Bevölkerung. Bevölkerungsperspektiven 1986-2025. In: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 124, 2, S. 193-210.
- Hauser, Jürg A. (1981): Anstelle einer Synthese - zur Relativierung demographischer Voraussagen und zur demographischen Zukunft. In: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 117, 3, S. 521-529.
- Heimo, Marcel (1987): Quel avenir démographique pour le peuple suisse? In: Civitas, 42, 6, S. 161-165.
- Hoffmann-Nowotny, H.-J./ Höpflinger, F. et al. (1984): Planspiel Familie. Familie, Kinderwunsch und Familienplanung in der Schweiz. Diessenhofen: Rüeegger.
- Höpflinger, François (1981): Neuere Veränderungen der Familienbildung in der Schweiz. In: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 117, 3, S. 479-489.
- Höpflinger, François (1986): Bevölkerungswandel in der Schweiz. Zur Entwicklung von Heiraten, Geburten, Wanderungen und Sterblichkeit. Grösch: Rüeegger.
- Höpflinger, François (1987): Wandel der Familienbildung in Westeuropa. Frankfurt: Campus.
- Höpflinger, François (1988): Bevölkerungszunahme und Stress: einige Anmerkungen. Referat für die Vereinigung "ecopop", 17. November.
- James, Joanna (1986): No Substitute for Manpower. Referat anlässlich des Kolloquiums "Population, démographie et défense en Europe", organisiert von der Fondation Europe Université, 24.-27. September in Paris.
- de Jouvenel, Hugues (1986): Evolution of Values and Ways of Life in Western Europe. In: Futures, April, p. 274-291.
- Kommission "Bevölkerungspolitik" (Hg.) (1985): Sterben die Schweizer aus? Die Bevölkerung der Schweiz: Probleme, Perspektiven, Politik. Bern: Haupt.
- Krummenacher, Heinz (1986): Demographische Aspekte staatlicher Sicherheitspolitik. Das Beispiel Schweiz. Referat anlässlich des Kolloquiums "Population, démographie et défense en Europe", organisiert von der Fondation Europe Université, 24-27. September in Paris.
- Lüthy, Ambros (1986): Die postindustrielle demographische Transformation: Ein Modell der demographischen Zukunft der Schweiz? (Working Paper No. 92 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Universität Freiburg). Freiburg.

- Maillat, Denis (1983): Vieillissement démographique et capacité d'adaptation de l'économie. In: *Revue Economique et Sociale*, 41,4, S. 183-190.
- Muggli, Christoph/ Baumgartner, Fred (1987): Siedlungsstruktur Schweiz. Stand und Entwicklung der räumlichen Konzentration von Bevölkerung und Wirtschaft. (Schriftenreihe "Materialien zur Raumplanung"). Bern: Bundesamt für Raumplanung.
- Näf, Beat/ Spillmann, Kurt R. (1988): Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 7. Dezember 1987. Bericht und Auswertung, Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft 5.
- Petitpierre, André (1983): Les fonds de pension privés et publics. In: *Revue Economique et Sociale*, 41, 4, p. 191-203.
- Pillet, Gonzague/ Poulet, Marie-Hélène/ Prod'hom, Jacques et al. (1981): Démographie et système d'éducation. In: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 117, 3, S. 337-361.
- Ruiz, Francisco (1985): Immigrés ou résidents? In: *Berufsberatung und Berufsbildung*, 70, 4, S. 176-177.
- Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Bevölkerungsfragen (SAfB) (1981): Grundlagen für eine schweizerische Bevölkerungspolitik. Zollikofen: SAfB.
- Schweizerische Bundeskanzlei (Hg.) (1988): Legislaturplanung 1987-1991. Bern: Schweizerische Bundeskanzlei.
- Spoerry-Toneatti, Vreni (1987): Die AHV vor neuen Weichenstellungen. (Wirtschaftspolitische Mitteilungen, 43, 7). Zürich.
- Straubhaar, Thomas (1987): Die Schweiz nach 2000 - "ein Altersheim"? (Wirtschaftspolitische Mitteilungen, 43, 11). Zürich.
- Straubhaar, Thomas (1988): Bestandesprobleme der Schweizer Armee. In: *SAMS-Informationen*, 12, 2, S. 39-59.
- Tschumi, P.-A. (1988): Wieviele Menschen können und sollen in Zukunft in der Schweiz leben? Referat für die Vereinigung "ecopop", 17. November.
- United Nations (1986): *World Population Prospects: Estimates and Projections as Assessed in 1984*. New York.
- Vester, Frederic (1975): Sicherheitspolitik im Regelkreis Mensch-Umwelt. In: *Sicherheitspolitik heute*, I, S. 41-53.
- Walle, F. van de (1980): Education and the Demographic Transition in Switzerland. In: *Population and Development Review*, 6, 3, p. 463-372.

ANHANG

TEILNEHMERLISTE

Prof. Dr. Franz M. **Aebi**, Hilterfingen

Peter **Arbenz**, Delegierter für das Flüchtlingswesen, Bern

Div Hans **Bachofner**, Kommandant Generalstabskurse, Bern

Jürg E. **Bartlomé**, Stab Operative Schulung, Bern

lic. phil. Christof **Buri**, Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, ETH, Zürich

Dr. iur. Laurent **Carrel**, Stab GGST, Chef Prospektivplanung, Bern

Korpskdt Jean-Rodolphe **Christen**, Feldarmee Korps 1, Lausanne

Div Dr. Gustav **Däniker**, Stabschef Operative Schulung, Bern

Hansheiri **Dahinden**, Direktor ZGV, Bern

Alt Bundesrat Dr. Rudolf **Friedrich**, Winterthur

Prof. Dr. Bruno **Fritsch**, Institut für Wirtschaftsforschung, ETH, Zürich

Prof. Dr. Jürg **Gabriel**, Institut für Politikwissenschaft, HSG, St. Gallen

PD Dr. François **Höpflinger**, Soziologisches Institut, Zürich

lic. phil. Madeleine **Hösli**, Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, ETH, Zürich

Prof. Dr. Hans-Joachim **Hoffmann-Nowotny**, Soziologisches Institut, Zürich

Alt Bundesrat Fritz **Honegger**, Rüslikon

Dr. Heinz **Krummenacher**, Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, ETH, Zürich

Ulrich **Lehner**, Diplomatischer Mitarbeiter, Zentrale Dienste EDA, Bern

Sebastian **Leicht**, Inlandredaktion Zürichsee-Zeitung, Stäfa

Prof. Dr. Martin **Lendi**, Professor für Rechtswissenschaft, ETH, Zürich

Dr. Bruno **Lezzi**, Redaktor NZZ, Zürich

lic. iur. Raymond **Loretan**, Mitarbeiter BR Koller EMD, Bern

Dr. Ivano **Marques**, Gruppe für Rüstungsdienste, Thun

PD Dr. Ruth **Meyer-Schweizer**, Soziologisches Institut, Bern

Div Paul **Rast**, GGST UG Planung, Bern

Div Paul **Rickert**, Kdt Mech Div 11, Winterthur

Prof. Dr. Edwin **Rühli**, Prorektor Universität Zürich, Zürich

Dr. Josef **Schärli**, GGST UG Front, Büro Sicherheitspolitik, Bern

lic. phil. Catherine **Schiemann**, Forschungsstelle f. Sicherheitspolitik, ETH, Zürich

Prof. Dr. Urs **Schwarz**, Zürich

Prof. Dr. Kurt R. **Spillmann**, Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, ETH, Zürich

Div Carlo **Vincenz**, GGST USC Front, Bern

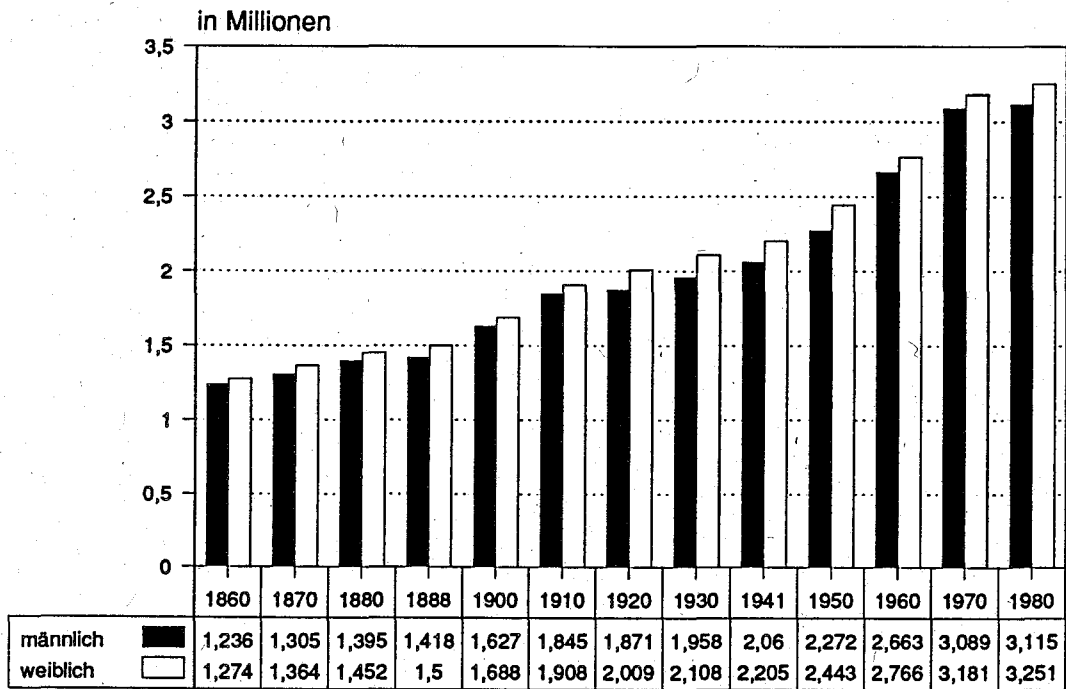
Botschafter Rudolf **Weiersmüller**, EDA, Bern

Dr. Theodor H. **Winkler**, Beauftragter für sicherheitspolitische Sonderfragen, Bern

lic. phil. Dominique **Wisler**, Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, ETH, Zürich

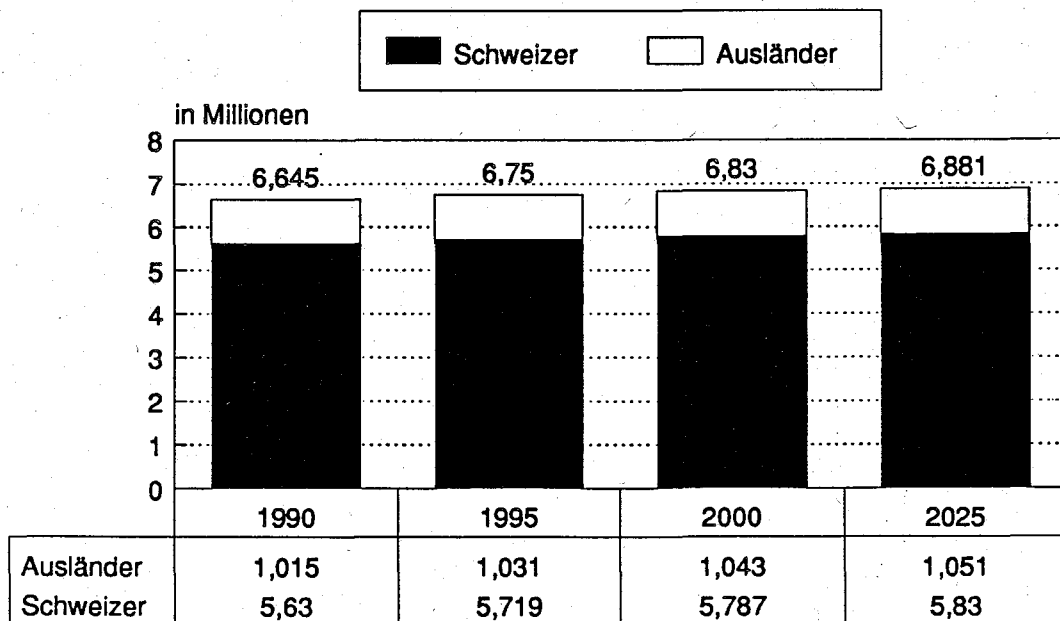
Korpskdt zD Dr. Jörg **Zumstein**, Münsingen

Graphik 13: Wohnbevölkerung 1860-1980



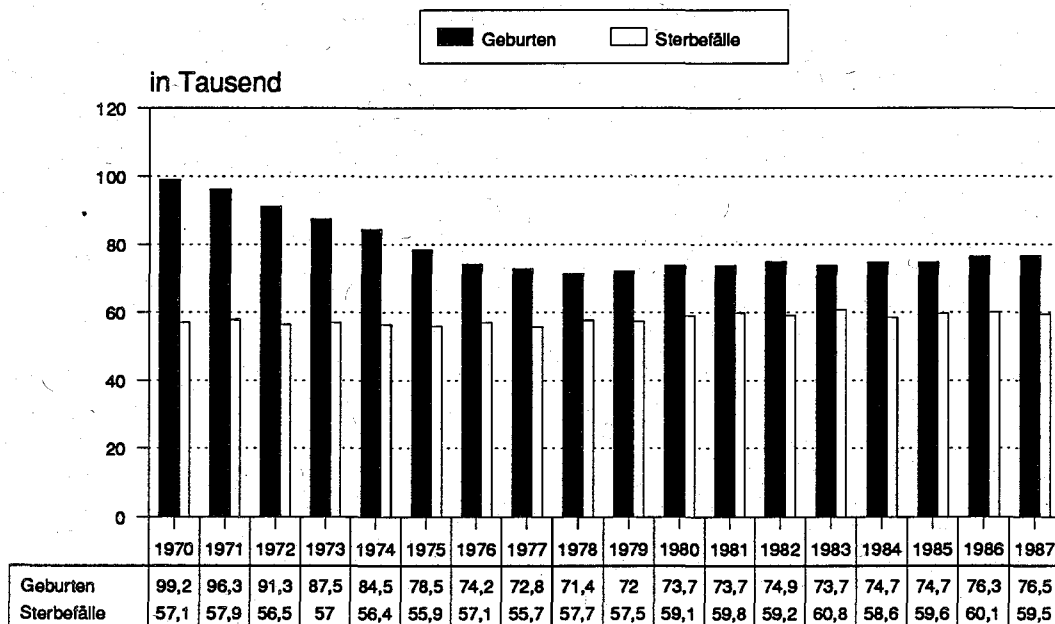
Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1989, S. 14

Graphik 14: Bevölkerungsentwicklung 1990-2025 (Hauptszenario 2A-86)



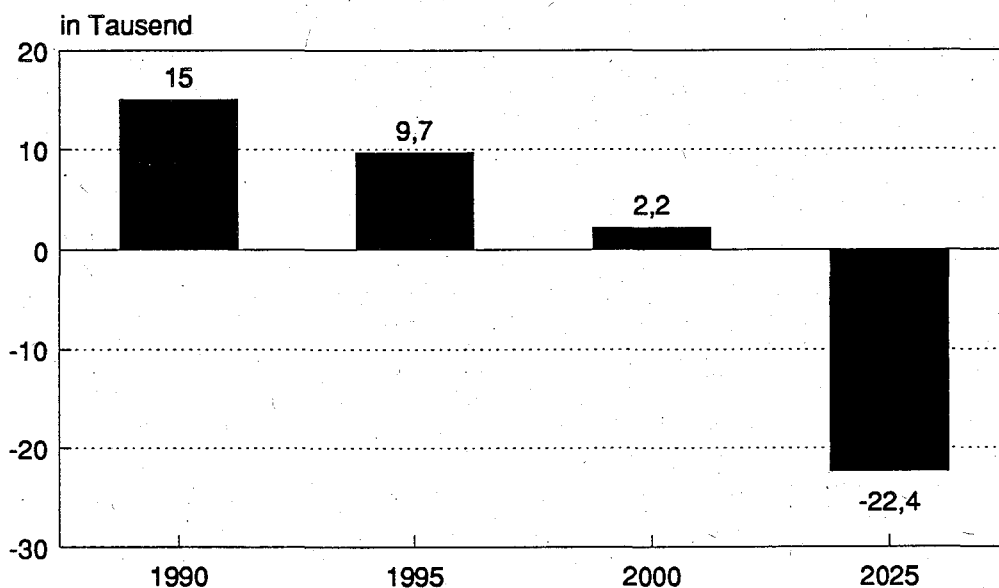
Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1989, S. 18

Graphik 15: Geburten und Sterbefälle
1970-1987 (Schweizer und Ausländer)



Quelle: Statistisches
Jahrbuch der Schweiz 1989, S. 18

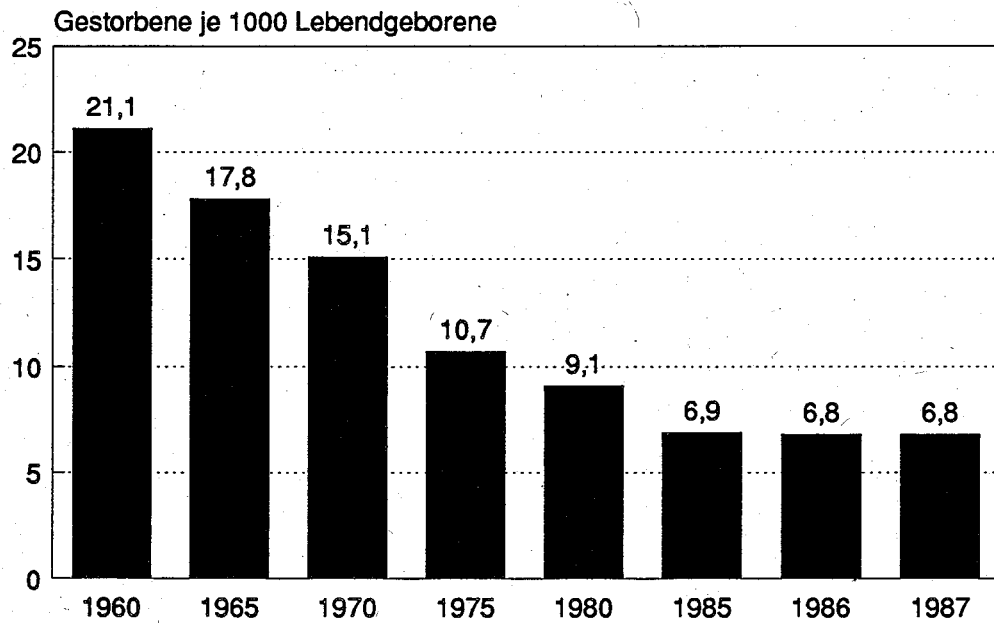
Graphik 16: Geburtenüberschuss 1990-2025
(Hauptzenario 2A-86)



(Schweizer und Ausländer)

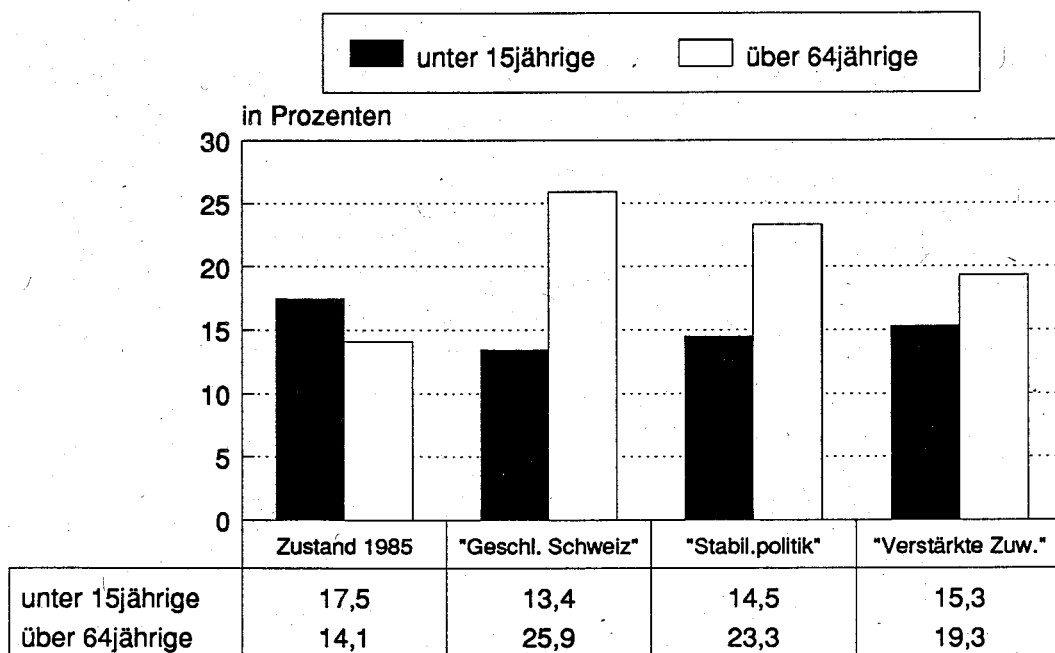
Quelle: Statistisches Jahrbuch
der Schweiz 1989, S. 18

Graphik 17: Säuglingssterblichkeit 1960-1987



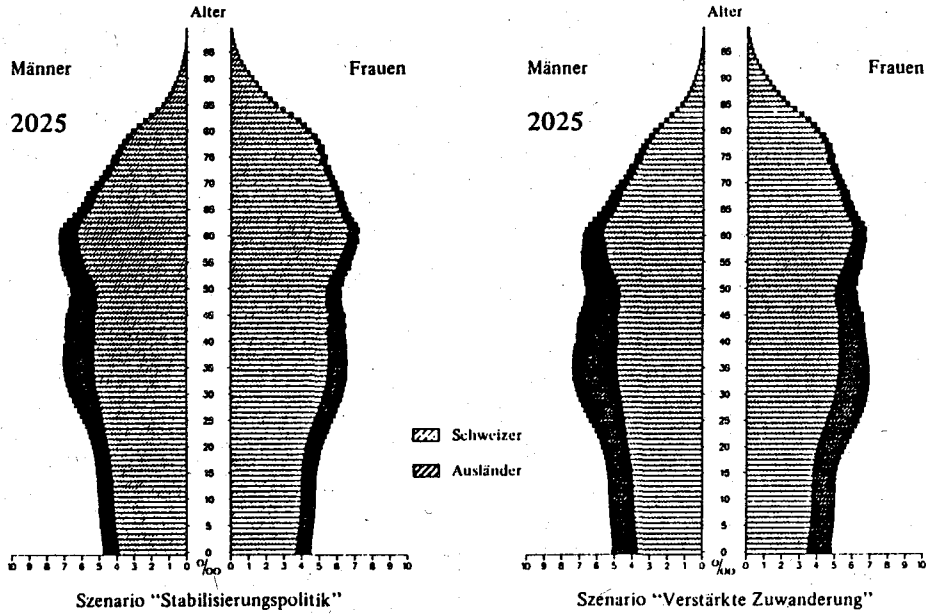
Quelle: Statistisches
Jahrbuch der Schweiz 1989, S. 31

Graphik 18: Altersverteilung 2025 (verschiedene Szenarien)



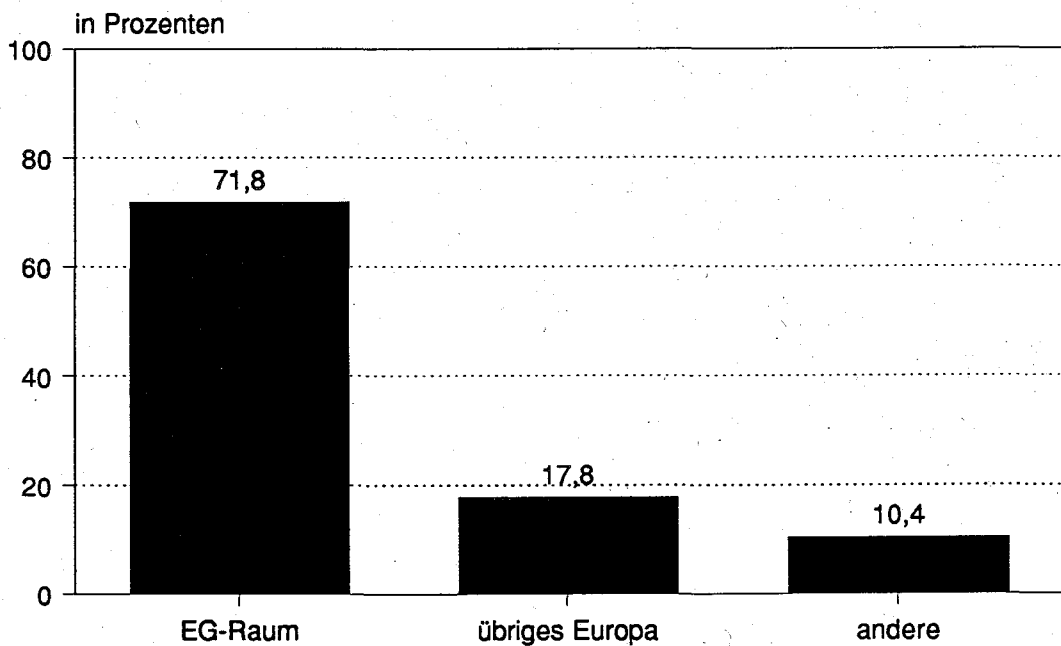
Quelle: Haug (1988), S. 199

Graphik 19: Alterspyramide der ständigen Wohnbevölkerung nach Heimat und Geschlecht



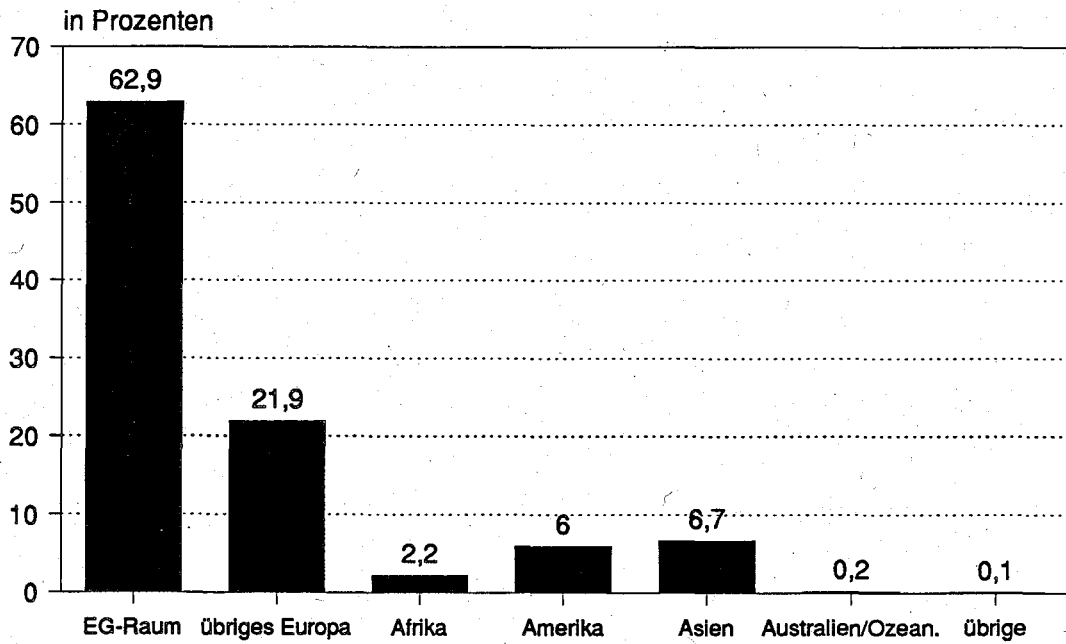
Quelle: Haug (1988), S. 203

Graphik 20: Ständige ausländische Wohnbevölkerung nach Nationalität (1987)



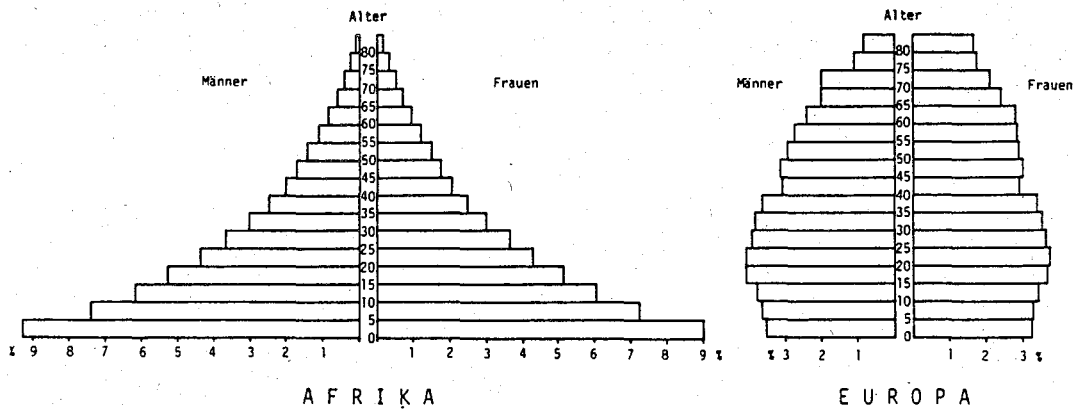
Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1989, S. 39

Graphik 21: Bürgerrechtswechsel gemäss früherer Staatsangehörigkeit (1987)



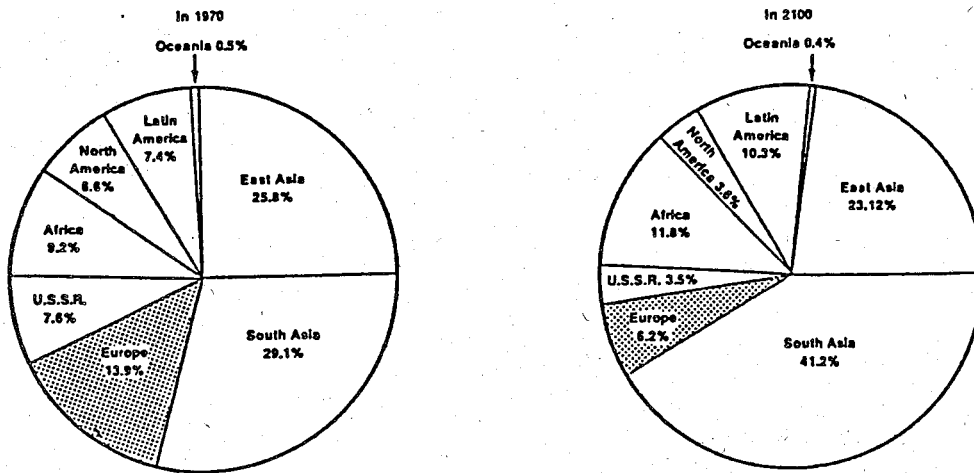
Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1989, S. 38

Graphik 22: Alterspyramiden Afrikas und Europas (1985)



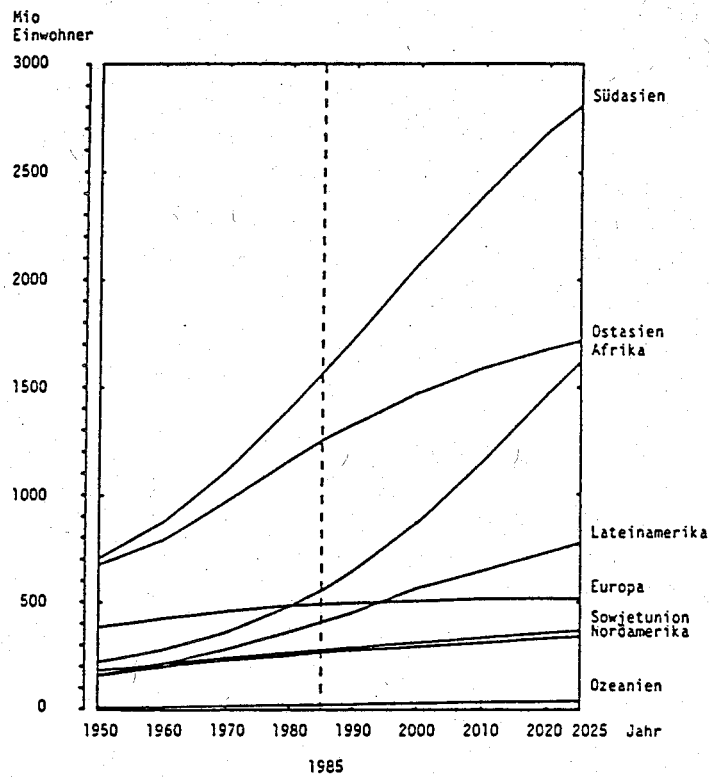
Quelle: Haug (1988), S. 205

Graphik 23: Weltbevölkerung nach Regionen (1970 und 2100)



Quelle: Goetschin (1983), S. 232

Graphik 24: Weltbevölkerung nach Regionen (1950-2025)



Quelle: Haug (1988), S. 206
(United Nations 1986)